

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

ASPIRIN, NIMOTOP & Co. fehlen

BAYERs Lieferengpässe

Weitere Themen:

BAYER BRASIL nach dem Lula-Sieg

Lobby-Europameister BAYER

BAYER schasst Baumann

IN ERINNERUNG BLEIBEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

<input type="text"/>

Strasse, Nummer

<input type="text"/>

P.L.Z. Ort

<input type="text"/>

E-Mail

<input type="text"/>

<input type="text"/>

Telefon

Telefax / Internet

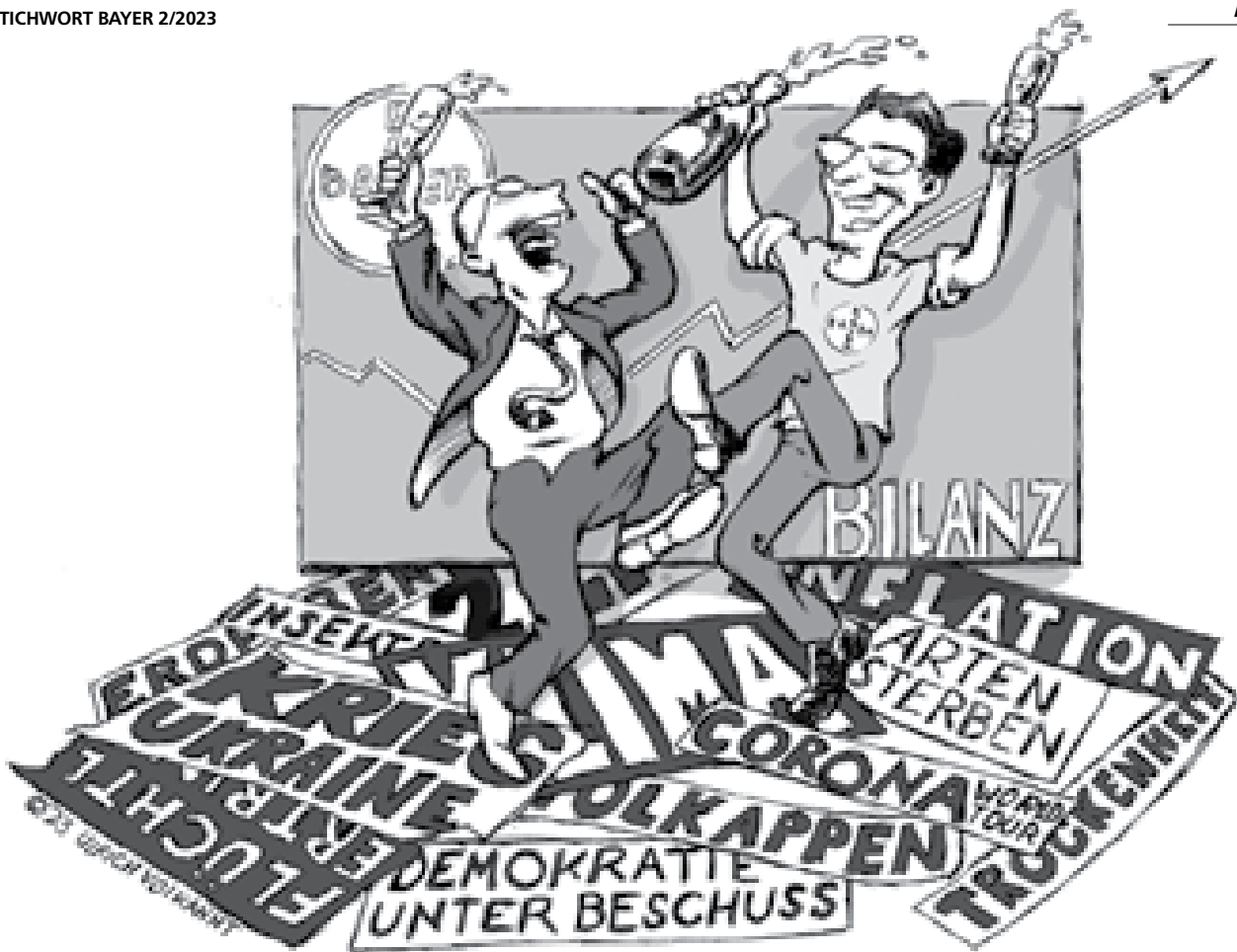


Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Siehe den Artikel zu BAYERs Bilanz-Presskonferenz auf S. 18

Inhalt

- 6 Heile und Herrsche**
Das Buch von Bernd Hontschik
- 8 „Konflikte sind zu erwarten“**
Interview mit Alan Tygel über Brasilien nach der Wahl
- 12 Die Hetzjagd**
Gilles-Éric Séralini rechnet ab
- 14 Lobby-Europameister BAYER**
Politische Landschaftspflege mit Millionen
- 18 BAYER schasst BAUMANN**
Investoren setzen sich durch
- 20 BAYERs Bomben-Bilanzen**
Geldregen für die AktionärInnen
- 22 BAYERs Kompensationsgeschäfte**
Biete CO₂, suche Wald

- 24 BAYERs Lieferengpässe**
Die Risiken und Nebenwirkungen der Globalisierung

Rubriken

- 5 Editorial
Impressum**
- 7 Au weia, BAYER**
- 28 O-Ton**
- 29 CBG bei der Arbeit**
- 30 Promis gegen Profit**

KEINE URWÄLDER VERFEUERN!

ROBIN WOOD protestiert gegen den Wahnsinn, in Zukunft Holz statt Kohle in deutschen Großkraftwerken zu verbrennen.



Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
die Wälder zu schützen
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



ROBIN WOOD

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

41. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

das *Stichwort BAYER (SWB)* hat schon öfter über Brasilien und BAYERs Treiben dort berichtet. Um auf dem Laufenden zu bleiben, verfolgen wir die Presse recht genau und hielten uns deshalb auch für leidlich informiert. Nach dem *SWB*-Interview mit dem Umweltaktivisten Alan Tygel aus Rio de Janeiro sahen wir uns allerdings gezwungen, das zu revidieren. Unsere Fragen zielten auf das politische Programm Lulas und die Chancen seiner Durchsetzung. Dass der neue Präsident Tygel zufolge erst einmal mit dem Elementaren beginnen und sich um die 33 Millionen Hungernen kümmern muss – in einem Land, das die halbe Welt mit Agrar-Gütern versorgt – ging dann doch über unseren Horizont. Und es bot uns auch einen Anlass dafür, in der Redaktion einmal grundsätzlich über das Bild der Welt, das uns die hiesigen Medien vermitteln, nachzudenken.

Der Leverkusener Multi nutzt Brasilien hauptsächlich als Absatzmarkt für seine Pestizide und Gen-Pflanzen. Neuerdings nutzt er dort jedoch noch etwas ganz anderes: den Regenwald, und zwar für seinen grünen Ablasshandel in Sachen „Treibhausgas-Ausstoß“. Der Konzern will zwar bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden, das aber nur zu 42 Prozent durch die Reduktion seiner CO₂-Emissionen erreichen. Die restlichen 58 Prozent plant er durch Investitionen in Waldschutz- und Wiederaufforstungsprojekte zu „neutralisieren“. Das ist schon an sich fraglich, um so mehr aber, wenn es dabei nicht mit rechten Dingen zugeht wie bei der Firma VERRA, über die der Global Player viele seiner CO₂-Kompensationsgeschäfte abwickelt. Das Stichwort liefert Einzelheiten zu diesem Skandal.

Noch einmal bedeutend mehr Schlagzeilen als der Fall „VERRA“ machte jedoch die vorzeitige Ablösung des BAYER-Vor-



standsvorsitzenden Werner Baumann. Schon zu Beginn des Jahres stiegen Investmentfonds beim Global Player ein und legten dem Aufsichtsrat „To-do“-Listen vor, auf denen sie auch den Rausschmiss des Vorstandsvorsitzenden verlangten. Bereits kurz danach beugte sich BAYER dem Begehrt. Das *SWB* stürzte sich mit in das Finanzmarkt-Treiben. Und auch bei der letzten Bilanz-Pressekonferenz Baumanns war es zur Stelle und nahm „trotz der widrigen Rahmenbedingungen“ fette Umsatz-Steigerungen zu Protokoll. Die Kasse sprudelte nicht zuletzt „durch Preissteigerungen aufgrund von Versorgungsengpässen für glyphosat-haltige Produkte im Markt“. Wie übel die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO einem Forscher mitspielte, der die Risiken und Nebenwirkungen des Herbizids in einer Studie darlegte, schildert der Molekularbiologe Gilles-Éric Séralini in einem Buch, das Marius Stelzmann für die aktuelle Ausgabe las. Eine zweite Rezension widmen wir Bernd Hontschiks Werk über das zum Profitsystem degenerierte Gesundheitssystem: „Heile und Herrsche! – Eine gesundheitspolitische Tragödie“. Zu dieser Tragödie gehören auch die endemisch gewordenen Lieferengpässe von Arzneien, denen Karl Lauterbach jetzt mit einem neuen Gesetz beikommen will. Wir haben es gelesen und für zu leicht befunden. In der Hoffnung, dass dies dem *SWB* nicht passiert, verbleibt

Jan Pehrke

Ein Buch über die Gesundheitsherrschaft von BAYER & Co.

Heile und Herrsche!



Der Chirurg und Buch-Autor Bernd Hontschik

Der Chirurg Bernd Hontschik beschreibt in „Heile und Herrsche! – Eine gesundheitspolitische Tragödie“ detailliert das zum Profitsystem degenerierte Gesundheitssystem.

Von Hans See

Bernd Hontschik, Chirurg, Buchautor und Kolumnist der *Frankfurter Rundschau*, gehört unter den KritikerInnen des Gesundheitswesens zur seltenen Spezies derer, die es – noch oder wieder? – wagen, im Kontext ihrer Analysen an den genialen Karl Marx zu erinnern, der das bis heute intellektuell und politisch realistischste und somit auch wirksamste Instrumentarium systematischer Kapitalismuskritik geschaffen hat. Das Gesundheitswesen, das nach Hontschik längst zur Gesundheitswirtschaft verkommen ist, ist nun

einmal ein zentraler Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Doch Hontschik ist zu klug, um in seinen kritischen Schriften die rituellen Versatzstücke der einstigen Klassenkampfrhetorik zu bemühen, ohne die mensch in den 1970er Jahren, die im Zeichen der sozial-liberalen Reformpolitik standen, gar nicht zur Kenntnis genommen worden wäre. Er macht, was schon der junge Marx machte: Er beschreibt präzise und analysiert knallhart die herrschenden Verhältnisse, ganz im Sinne der Marx-Losung: „Man muss

diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“

Das ist auch die Methode Hontschik: In glasklarer Sprache, für die „NormalbürgerInnen“ leicht verständlich, schildert er, was in den vergangenen Jahrzehnten unter Lösungen wie Privatisierung und Digitalisierung aus dem Gesundheitswesen gemacht worden ist: eine Gelddruckmaschine für Investoren, eine standardisierte und kapitaldominierte Gesundheitswirtschaft, die völlig aus dem Ruder läuft,

weil deren Entwicklung fast nur noch von ShareholderInnen, Benchmark-Systemen und Aktienkursen vorgegeben wird.

Maßgeblich beteiligt an dieser Entwicklung war und ist die Pharmaindustrie. Über diese schreibt Hontschik: „Es gibt kein Verbrechen, dessen sich die Pharmaindustrie noch nicht schuldig gemacht hat. Manipulation oder Unterdrückung von Studiendaten, gekaufte Wissenschaftler, Erpressung, Verleumdung und Menschenversuche mit katastrophalem Ausgang – alles ist längst bekannt“ (S.73). Die Liste ist viel länger. Er geht noch einmal – nahezu lexikonartig – die größten dieser Verbrechen durch. Er erinnert uns an Contergan, Glyphosat, Babypuder, usw. usw. Am Ende lässt er auch die Impfstoffproduzenten nicht aus, die auf die Politik einen juristisch noch nicht aufgearbeiteten, aber längst als zumindest illegitim durchschauten Einfluss nahmen.

Hontschik spricht von Korruption und Interessenkonflikten, von „lukrativen Geschäftsverbindungen zwischen Virologen, Testherstellern und Impfstoffproduzenten“. Und wer erinnerte sich nicht an die illegalen Geschäfte mit den Masken, die Hontschik gar nicht mal erwähnt. Die Impfblobbyisten – ich, der viermal Geimpfte und dann doch noch Erkrankte, nannte sie von Anfang an „Impfperialisten“ – kassierten unfassbare Summen an Staatsgeldern, befreiten sich vertraglich von jeglicher Haftung und verhängten Patentblockaden zu Lasten der armen Länder des globalen Südens. Hontschik diagnostiziert, dass die Corona-Pandemie etwas sichtbar gemacht hat, was er als Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft deutet: Die Gesundheitsherrschaft. Was ist Gesundheitsherrschaft? Nach Hontschik entwickelt sich aus dem Missbrauch der Medizin die Gesundheitsherrschaft, welche die Grenzen des vertretbaren Eingriffs und der Grundrechte weit überschreitet. Und aus dieser entsteht dann nahezu unbemerkt ein die kapitalistische Demokratie selbst gefährdendes Herrschaftsinstrument. Die Wurzel allen Übels im Gesundheitswesen erkennt Hontschik darin, dass „eine Gesellschaft ihren Reichtum nicht mehr für das Funktionieren ihrer Sozialsysteme,

sondern die Sozialsysteme in Quellen neuen Reichtums für Kapitalgesellschaften verwandelt...“ (S. 116).

Diese Fehlentwicklung ist aber nichts als die logische Konsequenz der gesamten kapitalistischen Entwicklung, die nun einmal alles kapitalisiert, was kapitalisierbar ist, um die Renditen zu sichern und zu erhöhen. Was ist aber – neben dem lukrativen Friedensversprechen der Rüstungswirtschaft – renditeträchtiger als das Gesundheitsversprechen, das die Medizin ja nicht nur den PatientInnen, sondern auch dem gesunden Menschen, der gesund bleiben, sogar möglichst gesund sterben möchte, hauptsächlich in Form von Medikamenten nun einmal gibt. Für ihre Gesundheit geben die Menschen, falls sie eines haben, ihr ganzes Vermögen aus.

Einen Abschnitt seines Buches nutzt der Autor, um seine Philosophie zu erläutern, seinen Standort in diesem System und sein Verhältnis zur Wissenschaft zu bestimmen. Hierbei rekurriert er auf den Arzt und Denker Thure von Uexküll (nicht zu verwechseln mit dem Stifter des Alternativen Nobelpreises Jakob von Uexküll), der für eine „integrierte Medizin“ steht und damit für ein Gesundheitswesen, in dem Medizin als „empathische Humanwissenschaft“ verstanden wird. Mit dieser Darlegung seines eigenen Grundverständnisses der Medizin richtet Bernd Hontschik auch einen Appell an die MedizinerInnen, die Gesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Medien, leider – aber verständlicherweise – nicht an die Gewerkschaften, die die GesundheitsreformerInnen, zu denen auch ich gehörte, Anfang der 1970er Jahre noch mit Stolz als ihre engsten Verbündeten betrachten durften.

Ein Buch, das alle, vor allem jedoch diejenigen, die jetzt die versprochenen Reformen des Gesundheitsministers Karl Lauterbach (SPD) kritisch begleiten, auch die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Gesundheitswirtschaft, lesen sollten, damit Proteste und Resultate nicht – wie schon so oft – zu Rohrkrepiern werden. ◀

Bernd Hontschik, Heile und Herrsche!
Eine gesundheitspolitische Tragödie,
Westend Verlag, 144 Seiten, 18 Euro

Au weia, BAYER



Im Dezember 2022 hat der BAYER-Konzern ein Online-Event der US-amerikanischen Zeitung *Washington Post* zum Thema „Trust in Science“ gesponsert. Auf diese Weise wollte er etwas für seinen ramponierten Ruf in diesem Bereich tun. Als etwa eine vom Leverkusener Multi finanzierte Untersuchung zur Gefährlichkeit von Pestiziden aus der Gruppe der Neonicotinoide nicht in seinem Sinne ausfiel, übte er massiv Druck auf die WissenschaftlerInnen aus und mahnte „alternative statistische Ansätze und Methoden, um die in der Studie generierten Daten besser zu verstehen“ an. Zudem arbeitete der Global Player mit einem Verlag zusammen, der windigen Publikationen in seriös anmutenden Zeitschriften mit Namen wie *Journal of Nutritional Disorders & Therapy* gegen Geld wissenschaftliche Nobilität verschaffte, bis der Skandal aufflog. „Fake Science – Die Lügenmacher“, „Die Ware Wahrheit“, „Nur fauler Zauber“, „Gefährliche Sumpfblassen“, „Wissenschaft auf Abwegen“ – so lauteten anschließend einige der Überschriften in den Medien. Damit nicht genug, steht der Agro-Riese weiterhin in Treue fest zu den hauptsächlich unter der Bezeichnung ROUNDUP vermarkteten Glyphosat-Erzeugnissen seiner Tochter-Gesellschaft MONSANTO, obwohl die eigenen WissenschaftlerInnen um dessen Risiken wissen. „Man kann nicht sagen, dass ROUNDUP nicht krebserregend ist“, bekundeten die Toxikologen etwa. „Wir haben nicht die nötigen Tests mit der Formulierung durchgeführt, um diese Aussage treffen zu können“, heißt es in firmen-internen Dokumenten und: „Glyphosat ist OK, aber das formulierte Produkt verursacht den Schaden.“

Interview mit Alan Tygel über die Lage in Brasilien

„Konflikte sind zu erwarten“



Alan Tygel spricht auf der Protest-Kundgebung zur BAYER-Hauptversammlung 2018

Am 1. Januar des Jahres hat Luiz Inácio Lula da Silva offiziell den Rechtsextremen Jair Bolsonaro als Präsident von Brasilien abgelöst, hinter dem die versammelte Agro-Industrie des Staates stand. Stichwort BAYER sprach mit Alan Tygel von der PERMANENTEN KAMPAGNE GEGEN AGRAR-GIFTE UND FÜR DAS LEBEN über die Chancen für eine umweltverträglichere, auf eine kleinbäuerlichere Landwirtschaft setzende Agrar-Politik, das Mercosur-Abkommen und die allgemeine politische Lage in dem Land nach dem Regierungswechsel.

Stichwort BAYER: Präsident Lula erklärte in seiner Antrittsrede, den energetischen und ökologischen Wandel hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und einem nachhaltigen Bergbau, zu einer Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe und einer grüneren Industrie einleiten zu wollen. Glaubst Du an diesen Wandel?

Alan Tygel: Präsident Lula wurde von einem breiten Spektrum politischer Kräfte gewählt, deren Hauptziel es war, Bolsonaro abzusetzen und die brasilianische Demokratie zu verteidigen. Trotz dieser

breiten Allianz gewann Lula nur mit einem Vorsprung von weniger als zwei Prozent. Folglich muss er eine Regierung bilden, die dieses Bündnis in irgendeiner Weise widerspiegelt, da die Möglichkeiten der Regierung, das zu tun, was so dringend notwendig ist, sonst sehr gering sein werden.

In diesem Zusammenhang sind Begriffe wie „nachhaltige Landwirtschaft und Bergbau“ oder „grünere Industrie“ völlig umstritten. Innerhalb der Regierung gibt es Fraktionen, die diese Konzepte auf eine unternehmerische Art und Weise verste-

hen und einen „grünen Kapitalismus“ unterstützen. Daneben gibt es andere, die uns näher stehen und zum Beispiel verstehen, dass eine nachhaltige Landwirtschaft nur durch eine tiefgreifende Agrarreform und einen Schutz indigenen Landes erreicht werden kann, sowie durch ein weitgehendes Verbot von Pestiziden, eine agrar-ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft und eine starke staatliche Regulierung der Lebensmittelmärkte. Die größte Herausforderung, der wir als soziale Bewegungen uns in den nächsten vier Jahren gegenübersehen werden,

besteht darin, die Regierung gegen die extreme Rechte zu verteidigen und sie gleichzeitig in Richtung unseres politischen Programms zu pushen.

SWB: Hat die Regierung schon ein konkretes Programm für die Agrar-Politik verkündet?

A. T.: Nein. Es gibt jedoch einige sehr positive Signale. Lula hat das „Ministerium für Agrar-Entwicklung und bäuerliche Familienbetriebe“ (MDA) neu geschaffen und die Behörde für die Nahrungsmittel-Versorgung (CONAB) sowie die „Agentur für Agrarreform“ (INCRA) in dieses Ministerium verlegt. Beide Behörden waren im Landwirtschaftsministerium angesiedelt, das sich völlig nach dem großen Agrobusiness ausgerichtet hat. Daher ist es sehr wichtig, ein weiteres Ministerium zu haben, das sich mit den bäuerlichen Familienbetrieben und der Agrarökologie befasst. Und die CONAB ist für die sehr erfolgreiche Lebensmittelankauf-Politik verantwortlich, die in den ersten Amtszeiten von Lula und Dilma etabliert wurde. Diese Politik garantiert den bäuerlichen Familienbetrieben, vor allem den agrarökologischen, dass ihre Produktion vom Staat aufgekauft und an Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse und andere öffentliche Einrichtungen verteilt wird.

Ein weiteres sehr positives Signal war die Wiedereinsetzung des „Rates für Ernährungssicherheit und Souveränität“ (CONSEA), der sich mit Maßnahmen zur Beseitigung des Hungers in Brasilien befasst. Nachdem die Zahlen während der Amtszeiten von Lula und Dilma sehr niedrig waren, leiden jetzt rund 33 Millionen Menschen an Hunger und etwa 100 Millionen an Ernährungsunsicherheit.

Wir sind recht optimistisch, was echte Fortschritte der Politik angeht, die Agrarökologie voranzutreiben. Allerdings ist die brasilianische Wirtschaft immer noch stark von der Primärproduktion der Agrarindustrie abhängig, z. B. von Soja, Mais, Baumwolle und Fleisch. Diese Abhängigkeit spiegelt sich in der großen politischen Macht dieses Sektors im Land wider, und diese Situation wird sich in nächster Zeit nicht ändern.

SWB: Was müsste eurer Meinung nach als erstes geschehen?

A. T.: Vorrangig geht es jetzt darum, Maßnahmen zur Bekämpfung der von der Regierung Bolsonaro hinterlassenen



Agrar-Lobbyist Pedro Lupion

Hunger-Situation zu ergreifen. Die staatlichen Strukturen Brasiliens wurden in den letzten vier Jahren zerstört, einschließlich des gesamten Rahmens der sozialen Sicherheitssysteme. Lula hat bereits mehrere Maßnahmen zum Mindesteinkommen (Bolsa Família) und zur Wohnungspolitik für Menschen in größter Not angekündigt. Die nächsten Schritte müssten die landwirtschaftlichen Familienbetriebe in die Strategie zur Bekämpfung des Hungers einbeziehen, vor allem, indem die Regierung Lebensmittel aufkauft und an Bedürftige verteilt.

SWB: Lula hat das Amt des Umweltministers erneut mit Marina Silva besetzt, die bereits seinen früheren beiden Kabinetten angehörte, aber im Zuge von Auseinandersetzungen um die Regenwald-Abholungen zurücktrat. Dem neuen Landwirtschaftsminister Carlos Favaro werden dagegen Beziehungen zur Agro-Lobby nachgesagt. Ist da mit Konflikten zu rechnen?

A. T.: Ohne Zweifel sind Konflikte zu erwarten, vor allem aus den bereits genannten Gründen. Im Falle von Ministerin Marina dürften die größten Konflikte in den Bereichen „Energie“, „Bergbau“ und „Infrastruktur“ auftreten. Es gibt zahlreiche laufende Projekte wie Kernkraftwerke, große Seehäfen, Eisenbahnen und Kalium-Abbau, die beispielsweise indigenes Land beeinträchtigen können. Andererseits: Wenn die brasilianische Wirtschaft in den nächsten Jahren nicht gut läuft, besteht die realistische Gefahr, dass die extreme Rechte die Wahlen gewinnt. Die Herausforderung, vor der Lula steht, ist also enorm, und wir werden sehr hart daran arbeiten, die Regierung erfolgreich zu machen.

SWB: Hat die Agro-Lobby im Allgemeinen und BAYER im Besonderen geschlossen zu Bolsonaro gehalten?

A. T.: Im Allgemeinen ist der Agrarsektor (Großbauern, Geschäftsleute in verwandten Bereichen usw.) sehr stark mit Bolsonaro assoziiert. Beide Lager verbindet, dass sie konservative Werte teilen und eine freigiebige Erteilung von Waffenlizenzen zur „Verteidigung ihres Privatbesitzes“ gegen landlose „Eindringlinge“ befür-

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung



**Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner
Auslageorten wie Bibliotheken,
Bio- und Umweltläden
oder für jährlich 25 Euro
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de



worten. Konkret begünstigte Bolsonaros Wirtschaftspolitik der Real-Abwertung die Agrarindustrie, da sie den Großteil ihrer Produktion exportiert und dieser Export bei einem höheren Dollarkurs profitabler wird. Im Inland verursachte die Maßnahme dagegen einen inflationären Anstieg des Sojaöl-Preises, obwohl Brasilien der größte Sojaölproduzent der Welt ist. In den Regionen, in denen die Agrarindustrie stärker vertreten ist wie in den Bundesstaaten Mato Grosso und Paraná haben diese Faktoren deshalb dazu geführt, dass Bolsonaro recht massiv gewählt wurde. BAYER selbst nimmt keine klare Position ein. Die Verbände, denen BAYER angehört wie Croplife oder ABAG unterstützen jedoch Denkfabriken wie das Instituto Pensar Agro (IPA), das die Strategie der gesamten Agro-Lobby festlegt. Der derzeitige Vorsitzende der parlamentarischen Agribusiness-Front, Pedro Lupion, ist ein rigoroser Extremist und wird versuchen, der Regierung ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten.

SWB: Stimmt es, dass die Agro-Lobby mit zu den Finanziers der Protest-Camps gehörte, die nach der Abwahl von Bolsonaro errichtet wurden?

A. T.: Die Ermittlungen dauern noch an, aber einige Geschäftsleute, die mit der

Agrarindustrie verbunden sind, wurden bereits als Finanziers mehrerer antidemokratischer Proteste identifiziert, darunter auch der Ausschreitungen vom 8. Januar. Am 23. Dezember 2022 platzierte George Washington De Oliveira Sousa eine Bombe in einem Tankwagen, der Treibstoff zum Flughafen von Brasília bringen sollte. Dank der Aufmerksamkeit des Fahrers wurde die Bombe entdeckt und ist nicht explodiert.

George hatte enge Beziehungen zu Kongressabgeordneten der Agrarindustrie und ist Eigentümer eines Netzes von Tankstellen, Restaurants und Transportunternehmen in den Expansionsgebieten der Agrarindustrie in Pará.

Wir sind sicher, dass mit dem Fortschreiten der Ermittlungen weitere Verbindungen zwischen den antidemokratischen Protesten und dem Agrobusiness aufgedeckt werden.

SWB: Glaubst Du, dass es zu weiteren innenpolitischen Auseinandersetzungen kommen könnte mit der Gefahr einer Eskalation bis hin zum Bürgerkrieg oder hat sich die Lage inzwischen beruhigt?

A. T.: Die Reaktion der Regierung auf die Unruhen vom 8. Januar erfolgte sehr schnell und war hart. Mehr als 3.000 Personen wurden verhaftet, und gegen meh-

re andere wird bereits ermittelt. Das Finanzierungsnetz dieser Gruppen wurde schon geschwächt. Im Moment können wir also sagen, dass die Lage ruhig ist. Die Rechtsextremisten sind jedoch immer noch da, und die künftige Situation hängt stark vom Erfolg von Lulas Wirtschaftsstrategie ab, mit der Armut und Hunger bekämpft und den Menschen ihre Würde zurückgegeben werden soll.

SWB: Welche Haltung hat die PERMANENTE KAMPAGNE GEGEN AGRARGIFTE UND FÜR DAS LEBEN zum Mercosur-Abkommen der EU mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay?

A. T.: Das Abkommen in seiner jetzigen Form ist sehr gefährlich für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und für die Weiterentwicklung der Agrarökologie. Im Kern begünstigt es die Einfuhr von Industrieprodukten wie Pestiziden und die Ausfuhr von Agrar-Grundstoffen. Das ist genau das, was wir im Moment nicht brauchen, und Präsident Lula ist sich dieses Ungleichgewichts bereits bewusst. Ein Abkommen mit der EU könnte sehr positiv sein, um unsere Abhängigkeit von den USA und China zu verringern, aber es muss auf einer anderen Grundlage beruhen, einer, die eine nachhaltige Entwicklung unseres Blocks begünstigt. ◀

Ausgabe 2 | 2023

SPAREN

Es geht nicht nur ums Geld – man kann auch Energie, Abfall und Ressourcen sparen. Außerdem ist es nicht immer klug oder effizient, den Rotstift anzusetzen. Mehr über die Balance zwischen Sparen und Investieren im Schwerpunkt der AKP-Ausgabe 2/23.

Weitere Themen:

- Reform der Krankenhauserstattung
- Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen
- Moorbodenschutz: Win-win – Wiedervernässung
- Planung und Genehmigung von Kiesgruben
- Schottergärten – Mehr Wildnis wagen

Einzelpreis: 13 Euro plus 1,40 Euro Versand
 Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Lahnstraße 40 | 33482 Bielefeld
 Tel: 0521.177517 | Fax: 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft

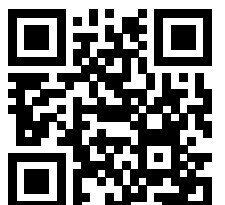
Karl Marx

Jetzt Abo abschließen
und monatlich
Wirtschaft anders
denken.



OXI

OXIBLOG.DE



Die üblen Methoden der BAYER-Tochter MONSANTO

Die Hetzjagd



Gilles-Éric Séralini in seinem Labor

Der französische Molekularbiologe Gilles-Éric Séralini berichtet in seinem Buch „Die Affäre um die MONSANTO-Papers“ von den systematischen Versuchen von BAYERs jetziger Tochter-Gesellschaft MONSANTO, ihn als Wissenschaftler kaltzustellen. Er hatte nämlich im Jahr 2012 eine bahnbrechende Studie zur Toxizität des Pestizids ROUND-UP mit dem Wirkstoff Glyphosat veröffentlicht, die es aus der Welt zu schaffen galt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kennt solche Machenschaften aus eigener Erfahrungen und durfte zu Séralinis Werk deshalb das Nachwort schreiben.

Von Marius Stelzmann

Professor Gilles-Éric Séralini ist seit 1990 an der Universität von Caen tätig und unterrichtet dort das Fach „Toxikologie“. Bereits mit 30 Jahren bestand er als einer der jüngsten KandidatInnen das Auswahlverfahren für UniversitätsprofessorInnen und zählt heute zu denjenigen ForscherInnen, die am häufigsten in Fachpublikationen zum Thema der Toxizität von gentechnisch veränderten Organismen (GMO) und Pestiziden auftauchen. Er selbst betrach-

tet sich als einen öffentlichen Forscher, also als einen, der sich der Allgemeinheit verpflichtet sieht. Wie er in seinem Buch ausführlich darstellt, ist sein Beweggrund neben dem Schutz von Mensch, Tier und Umwelt stets die Bewahrung der Unabhängigkeit der Wissenschaft gewesen. Und damit rief er MONSANTO auf den Plan. Der Konzern konnte nämlich ebenso wenig wie sein heutiger Besitzer BAYER zulassen, dass unabhängige wissen-

schaftliche Erkenntnisse zu Glyphosat die gigantische Profitquelle untergraben, die das Pestizid darstellt. Der Forscher selbst kommentiert das Vorgehen des Multis mit den folgenden Worten: „Das Unternehmen hat gezeigt, wie bestimmte Führungskräfte die Irreleitung von Wissenschaft, Medizin und Behörden organisierten und zugleich die Fähigkeit zum kritischen Hinterfragen und den Sinn für Ethik untergruben. Und dabei verfolgten

sie kurzfristige wirtschaftliche Interessen, die unsere Ökosysteme, das Klima und die Weltgesundheit zerstören.“ Oder wie die die bekannte indische Gentech-Kritikerin Vandana Shiva in ihrem Vorwort zu dem Buch feststellt: „Diese gefährliche Kontrolle über Ernährung und Landwirtschaft entwickelt sich zu einer massiven Einflussnahme auf die Grundlagen von Wissenschaft und Bildung“.

Séralini schildert in „Die Affäre um die MONSANTO-Papers“ zunächst seine wissenschaftliche Arbeit zu Glyphosat und den Einfluss, welche diese auf die öffentliche Diskussion und auf die Prozesse von Glyphosat-Geschädigten vor US-amerikanischen Gerichten hatten. Dann widmet er sich dem Skandal der im Zuge dieser Verfahren ans Licht der Öffentlichkeit geratenen MONSANTO-Papers. Dabei handelt es sich um firmen-interne Dokumente, welche die AnwältInnen der KlägerInnen als Beweis-Material angefordert hatten. Und diesen Zweck erfüllten sie dann auch: Sie dokumentieren, wie MONSANTO systematisch die Risiken und Nebenwirkungen des Herbizids unter den Tisch kehrte und eine Schmutzkampagne gegen Glyphosat-KritikerInnen initiierte.

Eine Studie aus dem Jahr 2012 hatte MONSANTO gegen Séralini aufgebracht. Diese wies in Tierversuchen – welche die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ablehnt, weil sie nicht nötig sind, um die Schädlichkeit von bestimmten Substanzen zu erfassen – die von Glyphosat ausgehende Krebs-Gefahr nach. Oder genauer: die von ROUNDUP, dem handelsfertigen Produkt, ausgehende Krebs-Gefahr. Séralini zufolge ist dieses nämlich wegen seiner vielen Hilfs- und Zusatzstoffe noch einmal gefährlicher als Glyphosat „pur“. Séralini unterstreicht in seinem Buch auch die Bedeutung, die seine Studie allgemein für Forschung und Erkenntnisse über

Gentech-Pflanzen und Pestizide hatte. Der Soziologe Francis Chateauraynaud, Studienleiter an der französischen Elite-Hochschule „École des hautes études en sciences sociales“, sagte bereits kurz nach der Veröffentlichung: „Es wird ein Vor und ein Nach Séralini geben“. In seiner Untersuchung belegte dieser nicht nur die schädliche Wirkung von ROUNDUP, sondern auch die von gentechnisch veränderten Organismen selbst. Der Grund: Die genetisch manipulierten Pflanzen speichern die verabreichten Giftstoffe, anstatt sie abzubauen. ROUNDUP war vorher noch nie langfristig getestet worden. Ein Fakt, den die Pestizidlobby laut Séralini mit großem Aufwand zu rechtfertigen versuchte.

Infolge der Publikation dieser Ergebnisse bricht ein beispielloser Verleumdungs- und Propagandasturm über den Molekularbiologen herein. Der von MONSANTO als Schreiber engagierte Journalist Henry Miller veröffentlicht über das in London ansässige Science Media Centre (SMC), das unter anderem von der Agrar-Branche alimentiert wird, einen diffamierenden Artikel über Séralinis Ergebnisse. Ab diesem Zeitpunkt wird Séralini von den Lügen und Angriffen der Industrie ständig begleitet. So legt er beispielsweise dar, wie ihm in offiziellen Ausschüssen bei weiterem unbotmäßigem Verhalten negative Konsequenzen für seine Karriere in Aussicht gestellt wurden. Nicht einmal vor der Androhung von Gewalt schrecken seine GegnerInnen zurück. Und selbst die Familie sparten sie dabei nicht aus.

Eine Strategie der jetzigen BAYER-Tochter zielte darauf ab, Séralini in der wissenschaftlichen Community systematisch zu

diskreditieren. Zu diesem Behuf verfasst etwa der Wissenschaftler Marcel Kuntz ein Buch mit dem Titel „Die Séralini-Affäre. Die Sackgasse einer militanten Wissenschaft“, das ParlamentarierInnen verschiedener Länder zugeht. Kuntz besitzt selber Patente auf genetische Transformationstechniken und verdient laut

Séralini Geld damit. Insgesamt sieben Gerichtsverfahren muss der Wissenschaftler gegen Interessen- und Lobbygruppen von MONSANTO führen. Er gewinnt alle. Und die Veröffentlichung der MONSANTO-Papers erbringt schließlich konkrete Beweise für die Schmutzkampagne, die der Multi gegen den Forscher angezettelt hat. Nicht weniger als 55.952 Mal taucht der Name „Séralini“ in den MONSANTO-Dokumenten auf.

Das Buch dokumentiert eindringlich, wie ein Weltkonzern, der seine Profite sichern will, gegen einen Konzern-Kritiker alle Register zieht. Umso stolzer ist die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) darauf, dass sie das Nachwort zu „Die Affäre um die MONSANTO-Papers“ hat beisteuern dürfen. Aus gegebenem Anlass: Die Coordination hat allzu oft am eigenen Leib gespürt, was es heißt, von einem Weltkonzern zum „Public Enemy No. 1“ erkoren zu werden. So musste sie nach einer Klage vom Leverkusener Multi bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen, um die Freiheit zu erstreiten, die BAYER-Machenschaften – ganz gemäß der Botschaft Séralinis – als Gefahr für die Demokratie bezeichnen zu können. Dass es sowohl der CBG damals wie Professor Séralini heute gelang, sich zu guter Letzt durchzusetzen, sollte alle KämpferInnen gegen Konzernmacht ein Fanal sein und Mut machen. ◀

Infolge der Publikation der Ergebnisse der Glyphosat-Studie bricht ein beispielloser Verleumdungs- und Propagandasturm über den Molekularbiologen herein.



SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Wie weiter mit der Klimagerechtigkeitsbewegung? · Formen gesellschaftlicher Arbeit und Klassenpolitik – eine Serie von Ingo Schmidt · Wolfgang Hien über die gesellschaftlichen Determinante von Krankheit u. v. a.

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln

Telefon (0221) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

EU unter Einfluss

Lobby-Europameister BAYER



Dieses Gebäude in der Rue Belliard beherbergt BAYERS Brüsseler Verbindungsbüro

Der BAYER-Konzern lässt sich den Versuch, Entscheidungen der Europäischen Union in seinem Sinne zu beeinflussen, viel kosten. Rund sieben Millionen Euro wendete er im Jahr 2021 für Lobby-Aktivitäten in Brüssel auf. Kein anderes Unternehmen der Welt investierte mehr Geld in die Pflege dieser politischen Landschaft.

Von Jan Pehrke

Mit einem Etat von 6,5 bis 7 Millionen Euro versuchte der BAYER-Konzern im Jahr 2021, auf Entscheidungen der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Damit steigerte der Global Player seine Ausgaben gegenüber 2020, als er rund 4,4 Millionen Euro investierte, noch einmal beträchtlich. Kein Unternehmen der Welt betrieb die Pflege der politischen Landschaft in Brüssel mit einem höheren finanziellen Aufwand, wie eine Recherche der beiden Initiativen CORPORATE EURO-

PE OBSERVATORY und LOBBYCONTROL im EU-Transparenzregister ergab. Der Leverkusener Multi kann sich also mit Fug und Recht Lobby-Europameister nennen. In Deutschland hingegen reichte es mit einem Aufwand von bis zu 1,99 Millionen Euro nicht zu einem Platz unter den ersten Zehn.

In Brüssel steuert die Aktien-Gesellschaft die Aktivitäten von ihrem „Verbindungsbüro“ in der Rue Belliard aus. „Die Wirtschaft hat nicht nur das Recht, sondern

auch die Pflicht, sich in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen“, sagte der damalige BAYER-Chef Manfred Schneider bei der Eröffnung im Jahr 2000. 74 LobbyistInnen beschäftigt der Aggro-Riese dort mittlerweile. 15 von ihnen haben exklusiven Zutritt zum Europäischen Parlament. Treffen mit den Abgeordneten oder ranghohen VertreterInnen der EU-Kommission bzw. den KommissarInnen selbst stehen deshalb ganz oben auf der Prioritäten-Liste. Aber auch Events für

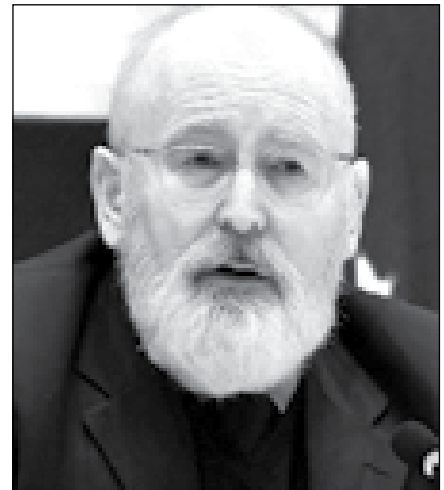
die „Brüsseler stakeholder“, das Verfassen von Eingaben, die Beteiligung an den Konsultationsprozessen im Rahmen neuer EU-Vorhaben, das Presse-Sponsoring, die (Co-)Finanzierung von Studien und das Engagieren von PR-Agenturen für Spezialaufgaben gehören zum Aufgaben-Gebiet der AntichambriererInnen. Ein Übriges tun dann die Industrie-Verbände Business Europe, CropLife Europe, Copa-Cogeca oder CEFIC, der Verband der Europäischen Chemischen Industrie.

Allein im Jahr 2021 beackerten die Konzern-LobbyistInnen Themenfelder wie den Green Deal, die EU-Agrarstrategie, die Aktionspläne für eine Reform des Patentrechts und für eine Reduzierung der Verschmutzung von Wasser, Luft und Boden. Auch die Gentechnik-Regulierung, die Pestizid-Regulierung im Allgemeinen und die von Glyphosat im Besonderen sowie die Revision der Regulierung von Arzneien für seltene Krankheiten standen auf ihrer Agenda. Zudem brachten die Einfluss-ArbeiterInnen den BAYER-Standpunkt in Sachen „Wasserrahmen-Richtlinie“, „Trinkwasser-Richtlinie“ und „Chemikalien-Richtlinie“ zu Gehör. Und die Klima-Politik der EU sowie das geplante Abkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gehörten ebenfalls zu ihren Einsatz-Gebieten.

Kein Nein-Sager

Als bloßer Nein-Sager betätigt sich das Unternehmen dabei nicht. Die Strategie besteht vielmehr immer darin, zuvörderst ein vollmundiges Bekenntnis zu den EU-Plänen abzulegen, um anschließend mit konkreten Vorschlägen zur Erreichung der Ziele aufzuwarten, was die Anmutung eines konstruktiven Beitrages hat, sich bei näherer Betrachtung aber als nett verpackte Obstruktionspolitik entpuppt. Ein Beispiel dafür ist der vom CORPORATE EUROPE OBSERVATORY (CEO) öffentlich gemachte Brief, den BAYERS damaliger Cropsience-Chef Liam Condon im Juli 2020 an den Kommissions-Vizepräsidenten Frans Timmermans schrieb. Während der Konzern in dem breit über die EU-Politik berichtenden Portal *Politico*, das er ebenso großzügig wie sein Pendant *Euroactiv* sponsert, Panikmeldungen zum Green Deal absetzte und vor einem Rückgang der Nahrungsmittel-Produktion in Europa und steigenden Weltmarkt-Preisen für landwirtschaftliche Güter warnte, hört sich dies in dem Schreiben ganz anders an. Dort dankt Condon dem Holländer

bereits im ersten Satz überschwänglich für seine Pionier-Arbeit bei der Entwicklung des Green Deals und ruft ihm dann die letzten virtuellen Tête-à-Têtes in Erinnerung, die im Rahmen des Davoser „World Economic Forums“ stattgefunden haben. Anschließend präsentiert er das grüne Glaubensbekenntnis des Leverkusener Multis. „BAYER sieht sich in der Pflicht, neue Nachhaltigkeitsstandards für die Landwirtschaft und die Gesundheitsbranche zu setzen, und teilt die Ziele der Europäischen Kommission in Bezug auf Klimaneutralität, ein nachhaltigeres und resilienteres Ernährungssystem und die dringende Notwendigkeit, den Prozess des Biodiversitätsverlustes weltweit zu verlangsamen und – bald schon – umzukehren“, tut Condon kund. Dann kommt jedoch das „Aber“: „Wir sind allerdings auch der festen Überzeugung, dass der neue Green Deal nur dann erfolgreich sein wird, wenn dem Bedarf nach mehr Innovation zur Gewährleistung eines höheren Levels an Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird.“ Und als eine solche Innovation sieht Condon die Gensoja-Pflanze mit der Laufnummer MON87708 x MON 89788 x A5547-127 an, aber leider warte BAYER bereits „länger, als es die gute Verwaltungspraxis gebietet“ auf die Import-Genehmigung der EU. Dabei kann die Laborfrucht in seinen Augen Regenwald retten, weil sie höhere Erträge pro Hektar verspricht und so dem Flächenverbrauch Einhalt gebietet. Dass die Markt-Einführung der Gen-Gewächse in Lateinamerika



Frans Timmermans, Vize-Präsident der EU-Kommission

die Kahlschläge massiv befördert haben, lässt er dabei geflissentlich außer Acht. Auch als probates Mittel, um die durch die Corona-Pandemie angeblich gefährdete Nahrungsmittel-Sicherheit zu garantieren, bringt der Ire das Gen-Konstrukt ins Spiel. Darum bittet er den Vize-Präsidenten der EU-Kommission, bei der Import-Zulassung, die der Konzern 2016 beantragt hat, doch ein wenig auf die Tube zu drücken. Und siehe da: Noch nicht einmal drei Monate später gab es das Ja-Wort aus Brüssel zu dem Soja.

Nach einem ähnlichen Muster verliefen die Interventionen zur Agrar-Strategie des Green Deals. Nach Ansicht der EU gibt diese „eine umfassende Antwort auf die Herausforderungen nachhaltiger Lebensmittel-Systeme und erkennt

contraste
zeitung für selbstorganisation

462 40. JAHRGANG MÄRZ 2023 4,90 EUR



SCHWERPUNKT
Selbsthilfegruppen:
Betroffene unter sich

www.contraste.org





Der Sitz der EU-Kommission

an, dass gesunde Menschen, gesunde Gesellschaften und ein gesunder Planet untrennbar miteinander verbunden sind“. Auf der „Vom Hof auf den Tisch“-Agenda steht unter anderem eine Verringerung des Pestizid-Einsatzes bis 2030 um 50 Prozent. BAYER-Chef Werner Baumann kritisierte das der FAZ gegenüber vehement. „Es wäre illusorisch zu glauben, wir könnten ohne Pflanzenschutzmittel die bald acht Milliarden Menschen auf der

Erde ernähren, die Biodiversität schützen und zugleich keine weiteren Flächen für die Landwirtschaft erschließen“, sagte er in dem Interview. Bei einer Anhörung der Europäischen Union zu diesem Thema zeigte sich das Unternehmen hingegen dialogbereiter. „Anstatt über die Verringerung der Mengen zu sprechen, müssen wir uns auf die Verringerung der Umwelt-Auswirkungen konzentrieren“, forderte der Konzern in einer öffentlichen Anhörung. Und in einem Meeting mit der Generaldirektion Gesundheit bot er sich dann an, die schädlichen Effekte um 30 Prozent zu senken. Bei der Frage, wie der Konzern das genau erreichen will, mussten die UnternehmensvertreterInnen allerdings passen. „Das ist noch nicht klar“, lautete die Antwort.

Für ein spezielles Pestizid legten sich die BAYER-LobbyistInnen besonders ins Zeug: Glyphosat, das profitträchtigste Ackergift des Konzerns. So mischten sie sich etwa in den Prozess der Überprüfung der bestehenden Grenzwerte für das Herbizid ein. Die größte Aufmerksamkeit widmete das Verbindungsbüro allerdings dem Bemühen, eine Zulassungsverlängerung zu erwirken. Dabei versicherte sich der Agro-Multi auch externer Zuarbeit und

engagierte für schlappe 1,3 Millionen die RUD PEDERSEN GROUP, um in Brüssel gut Wetter für das umstrittene Mittel zu machen.

Krieg als Vorwand

Hatte die Branche schon die Corona-Pandemie instrumentalisiert und wegen der dadurch angeblich gefährdeten Lebensmittel-Versorgung gegen Regulierungspläne gewettert und ihre neuen Risiko-Technologien als Problemlöser beworben, wie nicht nur der Condon-Brief an Timmermans zeigt, so wiederholte sich das Ganze beim Ukraine-Krieg. Auch den nahmen BAYER & Co. zum Anlass, gegen den Green Deal und dessen Pläne zur Pestizid-Reduktion zu opponieren und freie Fahrt für die Gentechnik 2.0 zu verlangen, ganz so, als ob dadurch mehr Weizen aus Russland und der Ukraine in den Globalen Süden gelangen würde.

„Business Europe“, der Interessensverband der Multis auf europäischer Ebene, mahnte beispielsweise, neue Vorschriften nur zu erlassen, „wenn dies unbedingt erforderlich ist“. Der LandwirtInnen-Verband „COPA COGECA“ stimmte da nach Informationen des CORPORATE EUROPE OBSERVATORY mit ein. Bei einem Treffen

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
 Rote Hilfe e.V.
 Sparkasse Göttingen
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
 BIC: NOLADE21GOE

1924 - 2024
 100 Jahre Rote Hilfe

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.
 Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe Zeitung 1/2023
Schwerpunkt: Politische Justiz

Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen

mit Mihail Dumitru und Pierre Bascou von der Generaldirektion Gesundheit warnte ein Vertreter der Lobby-Organisation: „Der Landwirtschaftssektor kann keine neuen Schocks mehr verkraften.“ Als einen dieser Schocks, den die Bauern und Bäuerinnen nicht mehr verarbeiten könnten, nannte er dann die „Sustainable Use of Pesticides Regulation“ (SUR), mit der die EU das Ziel, den Gebrauch von Ackergiften bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent zu senken, amtlich machen will.

Kommissionsvize Timmermans zeigte sich erbost über diese Operationen. „Den Krieg in der Ukraine zu nutzen, um Vorschläge zu verwässern und den Europäern Angst zu machen, dass Nachhaltigkeit weniger Lebensmittel bedeutet, ist offen gesagt ziemlich unverantwortlich. Denn die Krise des Klimas und der biologischen Vielfalt springt uns ins Auge (...) Das ist es, was unsere langfristige Ernährungssicherheit bedroht“, stellte er klar. Und auf die Frage, warum verbindliche Ziele zur Senkung des Pestizid-Einsatzes nötig sind, sagte der Niederländer: „Nun, wir brauchen verbindliche Ziele, weil wir es bereits mit unverbindlichen Zielen versucht haben, die uns nicht weitergebracht haben.“ Damit spielte er auf die Richtlinie 1107/2009 an,

nach der die Europäische Union bestimmte Pestizide als besonders gefährlich klassifizierte und die Mitgliedsstaaten anhielt, 53 besonders giftige möglichst schnell durch harmlosere zu ersetzen, was allerdings in keinem einzigen Fall geschah. Darum verteidigte der EU-Politiker das Vorgehen Brüssels: „Verbindliche Ziele geben der Industrie und dem Agrarsektor Sicherheit. Und außerdem drängen uns die Bürger dazu, dies zu tun. Die Einsicht, dass der Ökozid eine unmittelbare Bedrohung für uns ist, ist groß und wächst.“

EU beugt sich

Aber es half alles nichts. Schlussendlich musste die EU sich dem Druck von BAYER & Co. beugen. Kurz vor Weihnachten 2022 schickte sie den Plan, den Pestizid-Gebrauch bis zum Jahr 2030 um die Hälfte zu senken, in die endlosen Weiten einer erneuten Folge-Abschätzung, weil die alte „auf Daten beruht, die vor dem Ausbruch des russischen Krieges in der Ukraine erhoben und analysiert wurden“ und deshalb nach Meinung der Mitgliedsländer dessen „langfristigen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Agrarsektors nicht berücksichtigt“. Auch verschwand

das Vorhaben, die Ausfuhr von innerhalb der EU nicht zugelassenen Ackergiften in Drittländer zu verbieten, von der Agenda für das Jahr 2023. Darüber hinaus setzte die EU-Kommission einige Beschlüsse der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) aus. So erlaubte sie bei der Fruchtfolgen-Regelung Ausnahmen und setzte die Auflagen zur Flächenstilllegung aus, die dem Artenschutz dienen sollten. Andere umweltpolitische Maßnahmen wie eine schärfere Chemikalien-Regulierung mussten vorerst ebenfalls dran glauben oder deutliche Aufweichungen hinnehmen wie die Methan-Verordnung.

Getreu der alten Maxime von Winston Churchill „Lass niemals eine Krise ungenutzt verstreichen“ gelang es den Konzernen also wieder einmal, die Brüsseler Politik in Schach zu halten. BAYERs Lobby-Millionen erwiesen sich deshalb als gut angelegtes Geld. Und 2023 könnte es sogar noch das eine oder andere Milliönchen mehr werden, denn da stehen für den Konzern gleich zwei wichtige Dinge auf der EU-Agenda: Die Entscheidung über die Regulierung von CRISPR/Cas und anderen neuen Gentechniken sowie diejenige über die Glyphosat-Zulassungverlängerung. ←

#gewaltfrei #selbstorganisiert #herrschaftslos graswurzel revolution



Probexemplar oder Abo: www.graswurzel.net

Aufsichtsrat beruft Bill Anderson als Nachfolger

BAYER schasst Baumann



Foto: BAYER

BAYERs Neuer: Bill Anderson

Der BAYER-Konzern musste sich dem Druck der Investoren beugen und einen neuen Chef bestellen. Allerdings will der Leverkusener Multi nicht alle Wünsche der Hedgefonds erfüllen.

Von Jan Pehrke

„Der Kapitalmarkt hat bekommen, was er gefordert hat“, so kommentierte die FAZ die Entscheidung des BAYER-Aufsichtsrats, den amtierenden Konzern-Chef Werner Baumann vorzeitig abzulösen und zum 1. Juni durch Bill Anderson zu ersetzen. Und wirklich hatten die Hedgefonds darauf gedrungen, Baumann nicht bis zum Ende seines Vertrags bleiben zu lassen, weil sie diesem nicht mehr zutrauten, das Unternehmen aus dem MONSANTO-

Tief zu führen. Auch ist Anderson wie gewünscht kein Eigengewächs des Leverkusener Multis, sondern ein US-Amerikaner mit einem Vorleben beim Pillen-Riesen ROCHE und insofern genau der Richtige für die Pläne des Global Players, sein Pharma-Geschäft in den USA massiv auszubauen. Aber viele AkteurlInnen wollten noch mehr. Sie hatten an eine externe Lösung auch bestimmte Erwartungen geknüpft, nämlich einen frischen Blick von

außen. Einige verbanden damit „eine neue strategische Ausrichtung“, andere wurden konkreter und verlangten die Zerschlagung der jetzigen Unternehmensstruktur mit den drei Sparten „Agrar“, „Pharma“ und „Consumer Health“. „Es gibt absolut keinen Grund, warum diese drei Geschäftsbereiche zusammen sein sollten. Das bringt keine Synergie-Effekte, keine Vorteile“, sagt etwa David Herro von HARRIS ASSOCIATES, BAYERs fünft-

größtem Anteilseigner. Das Ganze ist weniger als die Summe seiner Teile – diese Rechnung machten Herro & Co. auf.

Auch anderen Unternehmen setzen die sogenannten aktivistischen Investoren mehr und mehr zu. Die Kanzlei Skadden zählte laut FAZ im Dezember 2022 allein in Europa 341 Kampagnen. In dem ganzen zurückliegenden Jahr guckten sich die Fonds 34 bundesdeutsche Aktien-Gesellschaften aus, heuer waren es bis Ende Februar fast schon ebenso viele. Besonders viel verbrannte Erde hinterließen sie in der Vergangenheit bei THYSSENKRUPP und BILFINGER. Der Leverkusener Multi hatte Ähnliches zu befürchten, als 2019 der berühmt-berüchtigte Fonds ELLIOT einstieg. Dieser drang auf eine schnelle Beilegung der Rechtsstreitigkeiten mit den Glyphosat-Geschädigten, um den Agro-Riesen anschließend gewinnbringend filitieren zu können. Aber die Mühlen der Justiz mahnten der Firma zu langsam, deshalb reduzierte sie ihre Beteiligung schließlich erheblich.

Die nunmehrigen Aktivisten brachten sich Anfang des Jahres in Stellung. Schon vor der Hauptversammlung am 28. April sollte BAYER liefern. BLUEBELL stieg bei dem Global Player ein und hatte gleich eine To-do-Liste für den Aufsichtsrat dabei. „Machtkampf brutal – Luxus-Manager will ASPIRIN-Boss stürzen“, kommentierte die BILD-Zeitung. Unmittelbar nach dem Coup erhöhte sich der Aktien-Kurs – wie fast immer bei solchen Interventionen – kräftig und band sich damit fest an die Agenda des Vermögensverwalters. Das war auch Sinn der Übung. Bei Zuwiderhandlungen riskiert das Management nämlich jetzt nicht nur BLUEBELL zu brüskieren, sondern zugleich alle AktionärInnen, die von dem Höhenflug profitierten. Die Fonds „wollen rasche, kapitalmarkt-relevante Ergebnisse sehen“, resümierte die *Wirtschaftswoche*, und riet ihren LeserInnen, auf den Zug aufzuspringen. „Setzen sie sich durch, macht sich das im Aktien-Kurs der betroffenen Unternehmen oft positiv bemerkbar. Für Anleger kann es sich daher lohnen, sich an Aktivisten dranzuhängen und einzusteigen, wo auch diese investieren“, so das Blatt.

INCLUSIVE CAPITAL PARTNERS (ICP) erwarben im letzten Monat ebenfalls BAY-

ER-Anteile und gaben sich etwas bescheidener. „Die ultimative Zerschlagung des Unternehmens ist unserer Meinung nach nicht notwendig, um (...) Werte zu schaffen. Aber sie muss auf dem Tisch liegen“, sagte Gründer Jeffrey Ubben der *Financial Times*. Dafür nominierte der aktivistische Investor sich gleich mal selbst als

„Der Auftrag von Bill Anderson ist klar: BAYER soll sein ganzes Potenzial entfalten und nachhaltigen Wert für unsere Aktionäre, Landwirte, Patienten, Verbraucher, Beschäftigte und alle Stakeholder des Unternehmens schaffen“, erklärte Winkeljohann

Aufsichtsrat-Kandidat, und einen Wahlverein hatte er auch schon am Start. Er bestand neben HARRIS ASSOCIATES aus dem Singapurischer Staatsfonds TEMASEK, der dem Leverkusener Multi bereits im letzten Jahr Kopfschmerzen bereitete. Er hatte Werner Baumann zum Rapport einbestellt, ihn für zu leicht befunden und dann bei der Hauptversammlung gegen seine Entlastung gestimmt.

Ende Januar hatte Ubben dann sein „Vorstellungsgespräch“ bei Aufsichtsratschef Norbert Winkeljohann. Der jedoch beschied dem US-Amerikaner laut *Manager Magazin*, für dieses Jahr nichts mehr frei zu haben. Alternativ dazu berief er ihn in den BAYER-Nachhaltigkeitsrat, der zweimal im Jahr tagt. Ubben nahm dankend an, wollte sich damit aber nicht abspesen lassen. Ein Sitz im Nachhaltigkeitsrat und einer im Aufsichtsrat schlossen sich doch nicht gegenseitig aus, bekundete er.

In der Chefsache zumindest meldete der Oberaufseher am 8. Februar Vollzug. Winkeljohann präsentierte den US-Amerikaner Bill Anderson als Nachfolger von Werner Baumann. „Der Auftrag von Bill Anderson ist klar: BAYER soll sein ganzes Potenzial entfalten und nachhaltigen Wert für unsere Aktionäre, Landwirte, Patienten, Verbraucher, Beschäftigte und alle Stakeholder des Unternehmens schaffen“, erklärte Winkeljohann. Der ehemalige ROCHE-Manager Anderson bekannte sich ebenfalls zum 3-Säulen-Modell, denn ein Einsatz für den Erhalt dieser Struktur gehört zu seiner Stellenbeschreibung. „Anderson soll diesen Kampf für Winkeljohann gewinnen. BAYER soll unter seiner Ägide im Wesentlichen bleiben, was es heute ist: ein Konglomerat aus roten und grünen Biotech-Firmen“, schreibt das *Manager Magazin*. Bereits in seinen ersten Statements kündigte der US-Amerikaner dann auch bahnbrechende Innovationen

„in den Bereichen Landwirtschaft, Pharma und Consumer Health“ an.

Nicht zuletzt wegen dieser Haltung begrüßten die Gewerkschaften seine Verpflichtung. Heike Hausfeld, die Gesamtbetriebsratsvorsitzende stimmte der Personalie im Aufsichtsrat ebenso zu wie Francesco Grioli von der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE und die anderen Beschäftigten-Vertreter. Hausfeld etwa lobte Anderson für das in den Gesprächen deutlich gewordene „Verantwortungsbewusstsein für die Belegschaft“. Grioli sah sich der Presse gegenüber trotzdem noch einmal zu einem eindeutigen Statement genötigt: „Aus Sicht der Beschäftigten ist BAYER mit seinen drei Standbeinen genau richtig aufgestellt für die Herausforderungen der Zukunft. Die Transformation der Industrie bewältigt man nur mit einer Unternehmenspolitik, die auf Risiko-Streuung und Nachhaltigkeit beruht – und nicht auf Hedgefonds-Aktivismus.“ Dafür erhält BAYER auch den Beistand der Ampel-Koalition. So hatte der Staatssekretär – und ehemaliger Co-Vorsitzender von GOLDMAN SACHS DEUTSCHLAND – Jörg Kukies den TEMASEK-Emissär Uwe Krüger ins Kanzleramt einbestellt und ihm laut *Manager Magazin* klargemacht, dass eine Aufspaltung von BAYER keinesfalls im Sinne der Bundesregierung wäre. Aus der Welt ist das Thema damit aber trotzdem nicht. Deshalb bleibt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN weiter dran. Aber weit davon entfernt, lediglich die alten Strukturen zu verteidigen, behält sie dabei stets ihr übergeordnetes Ziel im Auge: Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze! ←

express

Diskussionsforum für

- Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen?!

Kostenfreies Exemplar anfordern !!

Niddastr. 64, 60329 FFM

Tel. (069) 67 99 84

express-afp@online.de

www.express-afp.info

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ergebnis legte auf über vier Milliarden Euro zu

BAYERs Bomben-Bilanz



Gruppenbild mit Dame zur Bilanz-Presskonferenz

Ende Februar 2023 konnte der BAYER-Konzern seinen AktionärInnen auf der Bilanz-Presskonferenz für das abgelaufene Geschäftsjahr „trotz der widrigen Rahmenbedingungen“ eine exorbitante Rendite-Steigerung präsentieren. Entsprechend schlecht fielen die gleichzeitig vorgelegten Zahlen in Sachen „Umweltbelastung“ aus.

Von Jan Pehrke

„2022 war trotz der widrigen Rahmenbedingungen für BAYER ein sehr erfolgreiches Jahr“, hielt der Noch-Vorstandsvorsitzende Werner Baumann am 28. Februar 2023 anlässlich der Bilanz-Presskonferenz des Leverkusener Multis fest. Der Umsatz stieg um 8,7 Prozent auf 50,7 Milliarden Euro, und das Konzern-Ergebnis vervierfachte sich sogar. Von einer Milliarde Euro auf 4,15 Milliarden Euro kletterte es. Zu einem nicht geringen Teil kommen diese guten Zahlen gerade wegen der widrigen Rahmenbedingungen zustande, profitiert doch die gesamte Agro-Branche von der Mangellage auf dem Nahrungsmittel-Sektor im Zuge des Ukraine-Krieges. Diese führt nämlich zu einer höheren Nachfrage und entsprechend höheren Preisen. Es ist also mehr Geld im Spiel, was globalen Agrarrohstoff-Händlern wie

CARGILL, Landmaschinen-Herstellern wie JOHN DEERE und eben auch BAYER nützt, weil die LandwirtInnen mehr Pestizide und Saatgut kaufen.

Die Geschäftsbilanz

Die Landwirtschaftssparte steigerte ihren Umsatz um satte 15,6 Prozent auf 25,2 Milliarden Euro. Eine „außergewöhnlich starke Geschäftsentwicklung bei Crop Science“, vermeldete der Global Player: „Preissteigerungen in allen Regionen überkompensierten dabei geringere Anbauflächen in Nordamerika sowie niedrigere Lizenz-Einnahmen.“ Besonders gut lief es bei den Herbiziden „durch Preissteigerungen aufgrund von Versorgungsengpässen für glyphosat-haltige Produkte im Markt“. Rund zwei Milliarden zusätzlich spülte das von der Weltgesundheitsorganisation

WHO als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen“ eingestufte Pestizid so in die Kassen der Aktien-Gesellschaft. Der Umsatz der Pharma-Sparte erhöhte sich dagegen „nur“ um 1,1 Prozent auf 19,2 Milliarden Euro. Von „Gegenwind bei einigen etablierten Medikamenten“ sprach Baumann. So waren einige Länder wie China und Großbritannien nicht mehr bereit, Mondpreise für den Gerinnungshemmer XARELTO zu bezahlen, während Brasilien das Patentrecht änderte und die sonst üblichen Fristverlängerungen nicht mehr gewährte. Deshalb sanken die XARELTO-Einnahmen um sechs Prozent auf 4,5 Milliarden Euro. Besser lief es dagegen bei „Consumer Health“. Die Sparte mit ASPIRIN & Co. legte im Vergleich zum Vorjahr um über acht Prozent auf 6,1 Milliarden Euro zu.

Das Statement der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zu diesem Geld-Regen ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. „In einer Zeit, da die Bevölkerung hierzulande unter einer immensen Inflation leidet, der globale Süden unter einer Nahrungsmittel-Krise ächzt und immer mehr Länder vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, will der BAYER-Konzern die Dividende um 20 Prozent anheben, weil er enorme Profite eingefahren hat. Das stinkt zum Himmel“, erklärte sie und forderte eine Übergewinn-Steuer.

Die Öko-Bilanz

So gut die Geschäftsbilanz ausfällt, so schlecht steht es um die Ökobilanz, und dazwischen besteht ein Zusammenhang: Der Topseller Glyphosat ist neben vielem anderen nämlich auch ein Top-Klimakiller. Der gesamte Fertigungsprozess verschlingt massiv Energie und verursacht auf diese Weise einen hohen Kohlendioxid-Ausstoß. Auf eine Betriebstemperatur von 1500° muss sich etwa der Ofen am US-Standort Soda Springs erhitzen, um aus Phosphorit das Glyphosat-Vorprodukt Phosphor herauszulösen. Darum hat das Herbizid einen gehörigen Anteil an BAYERS Kohlendioxid-Emissionen von 3,03 Millionen Tonnen im zurückliegenden Jahr. „Besonders energie-intensiv ist unsere Rohstoff-Gewinnung einschließlich Aufbereitung und Weiterverarbeitung für die Herstellung von Pflanzenschutzmittel-Vorprodukten von Crop Science“, heißt es dazu etwas verklausuliert im parallel zum Geschäftsbericht veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht.

Seit Jahren verlangt die CBG, diese Risiken und Nebenwirkungen der Glyphosat-Herstellung zu minimieren. Aber vor Ort geschieht nichts. Anderswo hingegen wird gehandelt. Über „strengere Umweltauflagen in China für die Produktion von Rohstoffen für das Mittel“, informierte etwa das *Manager Magazin* jüngst. Und da diese Maßnahmen mit zu der Glyphosat-Verknappung und den entsprechenden Preis-Steigerungen beitrugen, sorgten sie perverserweise auch noch für die Extra-Profite, die der Leverkusener Multi mit dem Herbizid machte.

Aber nicht nur die CO₂-Werte geben Anlass zur Beunruhigung. Die anderen Umwelt-Parameter fallen auch nicht besser aus. So blies der Agro-Riese mehr ozonabbauende Substanzen, flüchtige organische Verbindungen und Staub in die Luft. In die Gewässer leitete er mehr Phosphor und mehr Schwermetalle ein. Und gefährlicher Abfall entstand ebenfalls in größeren Mengen als im Jahr 2021.

Die juristische Bilanz

Neben den Bilanz- und den Umweltzahlen muss der Global Player seinen AktionärInnen seit geraumer Zeit zusätzlich noch diejenigen zu den juristischen Risiken und Nebenwirkungen von Glyphosat – die gesundheitlichen Risiken und Nebenwirkungen interessieren diese herzlich wenig – vorlegen. Jene besitzen ob ihres Ausmaßes nämlich Kapitalmarkt-Relevanz. Und hier vermochte der Vorstandsvorsitzende nichts Positives zu vermelden. 154.000 Klagen von Geschädigten des Pestizides haben sich angesammelt, davon sind rund

45.000 noch offen. Dementsprechend zerknirscht gab sich Werner Baumann. Der Agro-Riese sei, wie die gesamte Branche, letztlich der Gnade der „Klage-Industrie“ in den Vereinigten Staaten ausgeliefert, lamentierte er. „Das ist ein ziemliches Problem für alle Unternehmen. Es kann jedes treffen“, so Baumann.

Nicht allein deshalb vermochten sich die Finanzmarkt-AkteurInnen nicht so recht über die Milliarden-Gewinne freuen. Ihnen machte vor allem der Ausblick für die kommenden Monate Sorgen, weil die Vorstände „bei den Preisen für glyphosatbasierte Herbizide Gegenwind erwarten“. Mit einem Einnahme-Verlust von rund 900 Millionen Euro rechnen die ManagerInnen infolgedessen und haben auch nichts im Köcher, um das aufzufangen. „Im Ergebnis können wachstumsgetriebene Margen-Beiträge und positive Effekte aus den laufenden Effizienz-Programmen die erwarteten Preis-Rückgänge sowie die unverändert hohen inflationsgetriebenen Kosten-Steigerungen nicht kompensieren“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Die Reaktion ließ dann nicht lange auf sich warten. „Die BAYER-Papiere gerieten am Morgen deutlich unter Druck. Zuletzt notierten die Aktien mit einem Minus von mehr als vier Prozent bei 56,60 Euro“, ließ das *Manager Magazin* wissen. Die eingetrübten Profit-Aussichten dürften auch auf der Hauptversammlung des Agro-Riesen am 28. April auf die Tagesordnung kommen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wird jedoch dafür sorgen, dass auch noch andere Themen auf die Agenda gelangen. ←

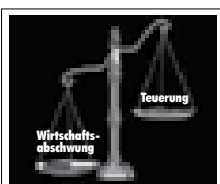


institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. analysen. fakten. argumente.

isw-wirtschaftsinfo 62
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Schutzgebühr 7,00 EUR März 2023

BILANZ 2022 Ausblick 2023

Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Krise



Außerdem Beiträge: Zur Situation in der Autoindustrie | Deutschland abhängig von China? | Sanktionspolitik und Reaktionen | Analyse der Geldpolitik

In 9 Einzelkapiteln – Inflation, Wachstum/Konjunktur, Arbeitslosigkeit/Beschäftigung, Digitalisierung, Arbeitsproduktivität, Ökologie, Außenhandel, Gewinne/Dividenden, Renten – untersuchen die Autoren, wie sich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation im Krisen- und Kriegsjahr 2022 entwickelt hat. Außerdem: Deutschland abhängig von China? Stimmt so nicht! / Autoindustrie: Transformation by Disaster! / Westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland – Reaktionen und Gegensanktionen / Analyse der Geldpolitik
Eine Fülle von Fakten & Argumenten für die Diskussion in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft.

isw-wirtschaftsinfo 62 März 2023 / 72 S. / 7,- EUR + Versand

Der Autor (Franz Garnreiter) analysiert die Ursachen und Auswirkungen der enormen Preissteigerungen und wirft einen Blick hinter die ökonomischen Kulissen und auf die ökonomischen Folgerungen.

isw-spezial 36 Nov. 2022 / 32 S. / 3,50 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: www.isw-muenchen.de

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de



isw SPEZIAL-NR. 36
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Biete CO₂, suche Wald

BAYERs grüner Ablasshandel



Bin ich noch Regenwald oder schon Teil einer CO₂-Zertifizierungsmaschinerie?

Den Kohlendioxid-Ausstoß zu kompensieren, statt ihn zu reduzieren – das ist für die Konzerne seit einiger Zeit das Mittel der Wahl. So will BAYER im Jahr 2022 durch Investments in Waldschutz- und Wiederaufforstungsprojekte 450.000 Tonnen CO₂-Emissionen „wiedergutmacht“ haben. An der Belastbarkeit dieser Zahl bestehen allerdings erhebliche Zweifel.

Von Jan Pehrke

„BAYER will alle eigenen Standorte bis 2030 klimaneutral stellen“, bekundet der Leverkusener Multi seit einigen Jahren in seinen Nachhaltigkeitsberichten. „Aha“, denken da die arglosen LeserInnen, der Konzern will also bald keine Treibhausgase mehr in die Luft zu blasen. Aber weit gefehlt! So ist das nicht gemeint. Die wahre Bedeutung der Ankündigung erschließt sich erst nach der Lektüre des Duden-Eintrages zum Wort „neutralisieren“:

„eine Wirkung von etwas durch etwas anderes aufheben.“ Genau dieses strebt der Global Player in Sachen „Klima“ an, er gedenkt die klimaschädlichen Wirkungen seiner Kohlendioxid-Emissionen durch die Unterstützung von klimafreundlichen Vorhaben an anderer Stelle „aufzuheben“. „Unsere eigenen Emissionen (...), die nach der Reduktion durch technische Maßnahmen noch verbleiben und nicht vermeidbar sind (u. a. Treibhausgas-Emissionen

aus chemischen Prozessen oder von Geschäftsreisen) werden durch den Kauf von Zertifikaten aus Klimaschutz-Projekten mit anerkannten Qualitätsstandards kompensiert“, schreibt die Aktien-Gesellschaft im Nachhaltigkeitsbericht. 58 Prozent des CO₂-Ausstoßes möchte der Global Player auf diese Weise „neutralisieren“. Im Jahr 2022 kamen schon einmal 450.000 Tonnen zusammen, „indem wir beispielsweise in Brasilien, Guatemala, Indonesien, Nicara-

gua, Peru, Sambia und Simbabwe Projekte zur Wiederaufforstung und zum Waldschutz finanziert haben". Nur 42 Prozent des Kohlendioxid-Aufkommens plant der Agro-Riese hingegen wirklich zu reduzieren, etwa durch Investitionen in die Sanierung von Produktionsanlagen.

Bei dem, was der *Spiegel* „grüner Ablasshandel“ nennt, werden die Klima-Sünden sofort vergolten, während die Sühne-Leistungen auf sich warten lassen können. Die Bäume wachsen halt nicht in den Himmel. Um eine Tonne Kohlendioxid zu binden, brauchen sie Jahrzehnte. Und es darf auch nichts dazwischenkommen, was in Zeiten des Klimawandels mit seinen die Brandgefahr erhöhenden Trockenheitsperioden alles andere als sicher ist. So fielen in Kalifornien binnen zehn Jahren alle Wälder, welche dem Staat bei seinem Kompensationsprogramm als Reserveflächen dienen sollten, Feuern zum Opfer. Mit den CO₂-Zertifikaten erwerben die Konzerne also nur ungedeckte Schecks auf die Zukunft. Zudem setzen die Transaktionen lediglich ein Nullsummenspiel in Gang. Was an einer Stelle der Welt an Treibhausgasen in die Atmosphäre gelangt, neutralisieren an anderer Stelle – mit gehöriger Verspätung – Waldschutz-Projekte oder ähnliche Vorhaben. Ein Anreiz zur Reduktion der Emissionen entsteht so nicht. Im Gegenteil: Das reichhaltige Angebot auf dem Zertifikate-Markt verleitet sogar dazu, weniger Kohlendioxid als nötig einzusparen.

Schon im Normalbetrieb taugt dieses Mittel also kaum dazu, zum Stopp des Klimawandels beizutragen. Und selbst dieser Normalbetrieb scheint nach Recherchen von *ZEIT*, *The Guardian* und *SourceMaterial* reine Fiktion zu sein. Der JournalistInnen-Verband schaute sich 29 von 87 Waldschutz-Projekten des Unternehmens VERRA einmal genauer an, über das auch der Leverkusener Multi viele seiner Kompensationsgeschäfte abwickelt. Ergebnis: Von „Zertifikaten aus Klimaschutz-Projekten mit anerkannten Qualitätsstandards“, wie BAYERS Nachhaltigkeitsbericht behauptet, kann nicht die Rede sein. „Die Auslegung legt nahe, dass über 90 Prozent der Zertifikate daraus wertlos sind. Ein Haufen Schrott“, schreibt die *ZEIT*.

Auf 89 Millionen Tonnen CO₂ belaufen sich die Fehlbuchungen der Zeitung zufolge. Entweder stehen die Wälder gar nicht mehr oder sie ständen auch noch, ohne in den Zertifikate-Handel einbezogen worden zu sein. Überdies hat die Firma VERRA das CO₂-Speichervolumen so manches Mal zu hoch angesetzt oder von einem

Jahr aufs nächste mal eben um ein paar Millionen Tonnen nach oben korrigiert. Überdies hat sie es mit dem verhinderten Kahlschlag oftmals maßlos übertrieben, indem sie als Vergleichsgebiete vorzugsweise Regionen auswählte, in denen sich wahre Kettensägen-Massaker abspielten. Das Bundeswirtschaftsministerium lehnt Kompensationsdeals dieser Art generell ab: „Waldschutz-Zertifikate sind grundsätzlich klimapolitisch fraglich. Sie repräsentieren keine zusätzlich erreichten Minderungsbeiträge, sondern spekulieren auf vermiedene Emissionen.“ Darum verzichtet die UN auch in dem von ihr 1997 im Rahmen des Kyoto-Protokolls etablierten Ausgleichsmechanismus auf solche Projekte.

Damit fanden sich BAYER & Co. aber nicht ab. Sie machten sich 2006 selbst ans Werk und kreierte gemeinsam mit dem Davoser Weltwirtschaftsforum, Industrie-Clubs wie dem „World Business Council for Sustainable Development“ und der „International Emissions Trading Association“ ihren eigenen Standard, der natürlich Waldschutz vorsah und schon bald – wen wundert's – zum Marktführer avancierte.

An diesem Gemeinschaftswerk der Konzerne orientierte sich dann auch VERRA bei der Gründung im Jahr 2007. „Sie alle also schufen VERRA“, konstatiert die *ZEIT* aus diesem Grund. Und dabei beließen es die Unternehmen nicht. So entstand etwa VERRAs Regelwerk VM0004 mit freundlicher Unterstützung von SHELL. Und es ist nicht einmal das beliebteste. Dieser Rang gebührt VM0007. Hier genügt schon

die bloße Absicht von WaldbesitzerInnen, Rodungen durchzuführen, um die Zertifikatsdruckmaschine anzuwerfen, wenn sie es sich doch anders überlegen. Deshalb schreibt die *ZEIT* zu den Regeln: „Sie sind das Produkt selbst. Ohne sie ist ein Wald nur ein Wald. Mit ihnen ist der Wald eine Zertifikate-Maschine, die all jene reich macht, die den angeblichen Klimaschutz an Konzerne verkaufen, die so ihre CO₂-Bilanz kleinrechnen.“

Die Multis aber machen die Regeln nicht nur teilweise selbst, sie wachen auch noch über ihre Einhaltung. Abgesandte von ihnen bekleiden nämlich zahlreiche Posten in Beratungs- und Aufsichtsgremien des Unternehmens, das sich selbst als weltweit führend beim Setzen von Standards für Klimaschutz-Maßnahmen und nachhaltige Entwicklung bezeichnet. So sitzt etwa Jeffrey Seale von BAYER CROPSCIENCE in der „Agricultural Land Management Working Group“. Ein skandalträchtiges Gebaren, das dank des investigativen Journalismus von *ZEIT* und anderen Organen ein breites Medien-Echo hervorgerufen hat. Das Aufdecken des großen Klimaschutz-Schwindels hat die Praxis von BAYER & Co. desavouiert, sich mittels windiger Projekte von der Last freizukaufen, wirkliche Kohlendioxid-Reduktionsmaßnahmen zu starten. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFahren fordert den Leverkusener Multi nun auf, sofort alle Geschäftsbeziehungen zu VERRA einzustellen, sich aus dem Kompensationsbusiness zurückzuziehen und eine korrigierte Klima-Bilanz für das Jahr 2022 vorzulegen. ◀

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 34. Jahrgang, Nr. 133, März 2023, 224 Seiten

Kapitalismus in Russland – Geschichte, Ökonomie, Politik

Segert – *Postsowjetischer Kapitalismus – Russland und Ukraine im Vergleich* / Vercueil – *Rentenbasiertes Akkumulationsregime* / Brangsch – *Aktuelle Entwicklung der Wirtschaft Russlands* / Dellheim – *Industrialisierung und kapitalistische Produktionsweise in Russland* / Apanasenko – *Öl, Gas und Geldpolitik* / Crome – *Russlands Krieg und die Diplomatie*

Marx-Engels-Forschung:

Galander / Rüdiger – *Aufbauplan von Karl Marx (III)* / Giacché – *Sozialismuskonzeption des späten Engels*

Und:

Apicella – *Auf der Suche nach Klassenbewußtsein* / Weiß / Frede – *Kapitalismusanalyse aus den USA* / Grützner – *Liberale Rechtsstaat und Demokratie* / Biver – *Frankreich – Kein Linksruck trotz Mélenchon*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.)
Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

Immer mehr Medikamente nicht erhältlich

BAYERs Lieferengpässe



Für Apotheken ist es ein Kreuz mit BAYER: immer wieder fehlen Pillen made in Leverkusen

Die Globalisierung der Wertschöpfungsketten im Pharma-Bereich gefährdet die Arzneimittel-Versorgung. Die Anzahl der Lieferengpässe steigt kontinuierlich. Auch BAYER-Medikamente fehlen den Apotheken immer wieder.

Von Jan Pehrke

„BAYER stellt in der Arzneimittel-Herstellung hohe Anforderungen an die Verfügbarkeit und unumstrittene Qualität seiner pharmazeutischen Produkte. Den ununterbrochenen Zugang von Patienten und Kunden zu unseren Produkten aufrechtzuerhalten, hat für uns oberste Priorität. Unser

weltweites Produktionsnetzwerk ist hier nachweisbar sehr erfolgreich“, erklärte der Leverkusener Multi im Herbst letzten Jahres und ließ gleich ein „Aber“ folgen. „Dennoch können in einzelnen Fällen aus unterschiedlichen Gründen Lieferengpässe auftreten. Insbesondere im Rahmen

der weltweiten Pandemie ergeben sich besondere Herausforderungen in der Beschaffung und Versorgung mit Roh- oder Hilfsstoffen sowie Personalmangel in der Produktion oder bei der Aufrechterhaltung von Lieferketten“, erklärte der Pharmariese. Auch eine erhöhte Nachfrage nach

bestimmten Pharmazeutika und die aktuellen „politischen und wirtschaftlichen Spannungen“ nennt er als Gründe für „die angespannte Liefer-Situation“.

2023 betraf diese bisher ASPIRIN in den unterschiedlichen Darreichungsformen, das Herz/Kreislauf-Präparat NIMOTOP, das Magenmittel IBEROGAST und einige Kosmetika-Produkte. In den vergangenen Jahren standen der Gerinnungshemmer XARELTO, die Salben BEPANTHEN und ADVATAN, das Schmerz-Medikament ALKA SELTZER, die Malaria-Arznei RESOCHIN, das Krebs-Therapeutikum XOFIGO, das Kontrazeptivum YASMINELLE, das Bluthochdruck-Pharmazeutikum BAYOTENSIN sowie das pflanzliche Produkt LAIF zur Behandlung leichter bis mittelschwerer Depressionen zeitweise nicht mehr zur Verfügung.

Bei den anderen Herstellern sieht es ähnlich aus. Über 400 Lieferengpässe meldete das „Bundesinstitut für Arzneien und Medizinprodukte“ im März 2023. „Wir haben eigentlich gar keine Medikamente mehr für Kinder“, schlug eine Apothekern kurz vor Weihnachten in der *Rheinischen Post* angesichts fehlender Fiebersäfte und Zäpfchen Alarm. Und die Präsidentin der „Bundesvereinigung deutscher Apothekerverbände“, Gabriele Regina Overwiening, bestätigte den Befund: „Lieferengpässe von lebenswichtigen Medikamenten – ob Blutdrucksenker, Magensäure-Blocker, Antibiotika oder Schmerzmittel – gehören leider seit Jahren zu den größten Ärgernissen und Herausforderungen im Apotheken-Alltag.“ Von den 100 Millionen Rezepten, welche Apotheken in Nordrhein-Westfalen jährlich erhalten, ist mittlerweile jedes zweite von einem Engpass betroffen, so Thomas Preis vom Apotheken-Verband Nordrhein. Vor „große Probleme“ stellt das nach den Worten von Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft, auch die Hospitäler. Ihnen mangelte es vor allem an Notfall-Medikamenten, Antibiotika und Krebspräparaten. Von einem „Armutzeugnis“ sprach angesichts dieser Lage der Präsident des Berufsverbands der Kinder- und JugendärztInnen, Thomas Fischbach. Und die *Rheinische Post* resümierte in einem Kommentar: „Krankes Gesundheitssystem“.

Pharma-Globalisierung

„Derzeit sehen wir, was geschieht, wenn unsere Daseinsvorsorge globalisiert wird und in der Hand multinationaler Konzerne liegt“, konstatiert der Arzt Dr. med. Bernd

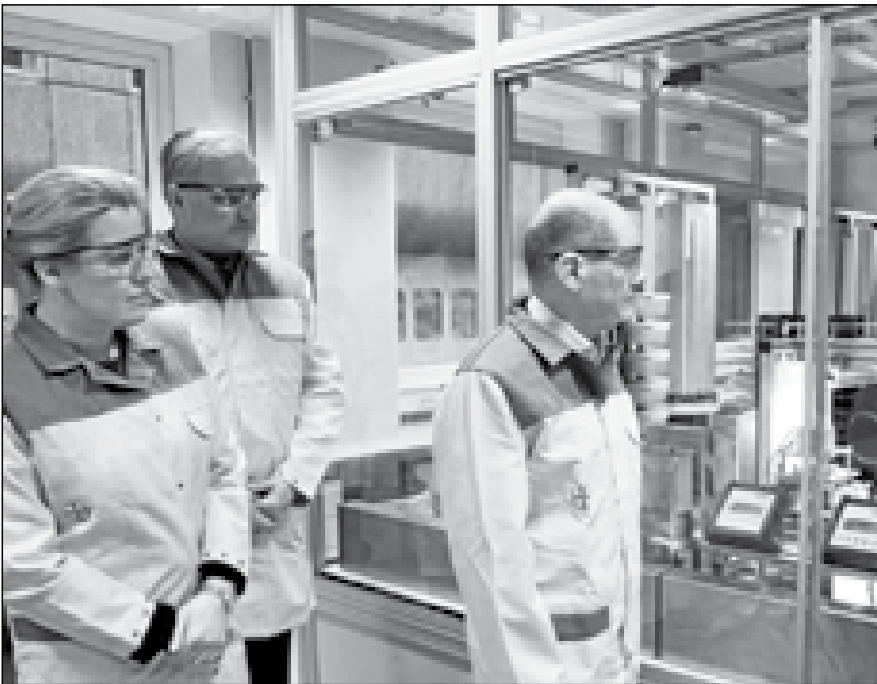


Hontschik (siehe auch S. 6-7) in einem Kommentar für die *taz*. Dieser Prozess setzte 1994 mit der Gründung der Welt Handelsorganisation (WTO) ein. Schon ein Jahr später trat Indien bei und warb um die Pharma-Branche. BAYER erhörte den Ruf 1999. Als erster großer Pharmazeutika-Produzent schloss der Konzern in jenem Jahr mit einem indischen Unternehmen einen Vertrag ab. RANBAXY schaffte es, das Interesse des Leverkusener Multis für dessen eigenen – und wegen seiner zahlreichen Nebenwirkungen alles andere als unumstrittenen – Antibiotikum-Inhaltsstoff Ciprofloxacin in einer neuen Formulierung zu wecken. Ein Ciprofloxacin, von dem die PatientInnen nur einmal täglich eine Tablette zu nehmen brauchten – das war dem bundesdeutschen Konzern viel Geld wert. Für die weltweiten Vermarktungsrechte über einen Zeitraum von 20 Jahren zahlte er RANBAXY 65 Millionen Dollar. Und im selben Jahr kaufte die Firma seinem neuen Partner auch die BASICS GmbH, eine Tochter-Gesellschaft für Nachahmer-Produkte ab, um einen Brückenkopf nach Europa zu haben. Allerdings gelang der inzwischen von SUN PHARMACEUTICAL geschluckten Gesellschaft ein solcher Coup wie mit Ciprofloxacin seither nicht mehr. Darum musste sie sich weitgehend auf die Funktion des Zulieferers für Pharma-Konzerne aus den Industrie-Ländern beschränken, was auch

für die anderen indischen Hersteller gilt. Zusammen mit Firmen aus China, das seit dem WTO-Beitritt im Jahr 2001 ebenfalls eine große Arznei-Fertigung aufgebaut hat, bilden sie die ersten Glieder in der globalen Wertschöpfungskette von Big Pharma. Mit Slogans wie „Maximale Förderung – minimale Kontrolle“ buhlten sie um Ansiedlungen und hatten Erfolg: Mittlerweile stammen 60 Prozent aller Hilfs- und Wirkstoffe von dort. Europäische Hersteller konnten dem Kostendruck oftmals nicht standhalten und schlossen reihenweise ihre Produktionen. BAYER beispielsweise besitzt nur noch fünf eigene Fabriken zur Herstellung von Arznei-Zwischenstoffen, drei in Deutschland, eine in Spanien und eine in Mexiko.

Aber die konkurrenzlos billige Fertigung hat ihren Preis. Zahlen tun den Mensch, Tier und Umwelt. Besonders die Einleitung von antibiotika-haltigen Abwässern in die Flüsse und Seen entfaltet eine fatale Wirkung. Durch die permanente Zufuhr der Substanzen gewöhnen sich die Krankheitserreger nämlich an diese und bilden Resistenzen heraus. Solche „Superbugs“ verbreiten sich nirgendwo auf der Welt so stark wie in Indien. Allein im Jahr 2013 starben dort 58.000 Babys, weil sie sich mit Keimen infiziert hatten, gegen die kein Kraut mehr gewachsen war. Das höchste Risiko stellt dabei einer Untersuchung zufolge, die das Fachjournal *The Lancet*





Stipp-Visite des Kanzlers Olaf Scholz und der Berliner Bürgermeisterin Franziska Giffey im Berliner BAYER-Werk

Planetary Health veröffentlichte, das von BAYER entwickelte Ciprofloxacin dar. Nicht nur das jedoch, was von den Fabriken nach außen dringt, stellt eine Bedrohung dar, auch das, was innen drin geschieht, gibt nicht selten Anlass zur Be-

sorgnis. Immer wieder nämlich fallen die Fertigungsstätten durch fehlerhafte Produkte auf. So lieferte das Unternehmen ZHEJIANG HUAHAI 2018 Chargen des blutdruck-senkenden Wirkstoffs Valsartan aus, die mit der krebserregenden Sub-

stanz Nitrosamin verunreinigt waren. Ursache der Kontamination: Die Umstellung auf ein kostengünstigeres, aber fehleranfälligeres Herstellungsverfahren, das die EU-Behörden abgesegnet hatten. In den letzten Monaten gerieten vor allem Husten- und Erkältungssäfte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. In Indonesien starben 200 Kinder, in Gambia 70 und in Usbekistan 20 Mädchen und Jungen an akutem Nierenversagen, weil die von indischen oder indonesischen Herstellern stammenden Präparate giftiges Diethylenglykol und Ethylenglykol enthielten.

Die Firmen mussten die Fertigung vorerst einstellen, was sofort Probleme nach sich zog. ZHEJIANG HUAHAI zum Beispiel belieferte allein in Deutschland 16 Unternehmen mit Valsartan, und andere Konzerne, die hätten einspringen können, existierten kaum. Bei anderen Medikamenten verhält es sich in solchen Situationen oder bei Produktionsstörungen ähnlich, denn die Globalisierung frisst auch ihre asiatischen Kinder und dünnt die Zahl der Anbieter immer weiter aus. So gab es bereits 2015 für 23 Antibiotika-Wirkstoffe nur noch einen einzigen Fabrikanten. Aber auch in Europa lichtete sich der Markt. Von den elf Herstellern etwa, die in Deutschland 2010

„Dass Du Dich wehren musst,
wenn Du nicht untergehen willst,
wirst Du doch einsehen!“

Dortolt Brecht

UZ **unsere zeit**

*Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen -
Woche für Woche.*

Jetzt sechs Wochen kostenlos testen!

Digital oder/und Print

Ich möchte die UZ 6 Wochen probieren.
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Ich möchte mehr Informationen über die DAP.

Name	Vorname
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
E-Mail	Telefon

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0301 17768915

den Bedarf an Hustensäften auf Paracetamol-Basis deckten, blieb bis heute nur noch ein einziger übrig. Corona ließ die Warenströme dann noch mehr stocken, nicht nur weil die Produktion in chinesischen Werken länger stillstand. Sowohl das Reich der Mitte als auch Indien verhängten nämlich zeitweilig Export-Verbote, um die Arzneimittel-Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung zu sichern. Die Unternehmen, die diese nicht patentgeschützten Standard-Medikamente – die sogenannten Nachahmer-Präparate oder Generika – vertreiben, machen die Rabattverträge der Krankenkassen für die Lage verantwortlich. Diese förderten einen ruinösen Wettbewerb entlang der gesamten Lieferkette, den immer mehr Firmen nicht mehr bestehen könnten, so das Lamento. „Die aktuellen Engpässe sind Folge eines jahrelangen Drucks auf Preise und Herstellungskosten bei Generika“, hält der Verband „Pro Generika“ fest. Allerdings klagt er auf hohem Niveau. STADA etwa konnte den Umsatz mit diesen Mitteln im Geschäftsjahr 2022 um acht Prozent auf 1,4 Milliarden Euro erhöhen. Angesichts dessen teilt auch die BUKO PHARMAKAMPAGNE die Einschätzung der Lobbyorganisation nicht. Die Lieferengpässe



Indische BürgerInnen stehen fassungslos vor den Schäumen aus den Pillen-Fabriken

betreffen längst nicht nur die Nachahmer-Arzneien, schon allein deshalb verfrage der Vorwurf Richtung Krankenkassen nicht, so der BUKO. Zudem garantierten die langfristigen Vereinbarungen mit AOK & Co. den Herstellern kontinuierliche

Einnahmen. „Trotzdem wird eher bei Generika als bei patentgeschützten Medikamenten an der Kostenschraube gedreht“, räumt der BUKO ein: „Mit neuen patentgeschützten Medikamenten lässt sich extrem viel Geld verdienen.“

Wir sollten uns mal kennenlernen:

Heute mit 8 Seiten extra **W** Wochenendbeilage »faulheit & arbeit«
DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
 5.000 Abo für die Pressefreiheit! Bestellen auf www.jungewelt.de
 Gegründet 1947 - SA./SO., 28./29. JANUAR 2023, NR. 24 - 2,50 EURO (DE), 2,70 EURO (AT), 3,00 CHF (CH) - PVST A1002 - ENTGELT BEZAHLT

Immer mehr Waffen ins Kriegsgebiet

Wer stoppt die NATO?

Panzer abgenickt, Debatte um Kampffjets eröffnet: Forderung, westliches Militärbündnis solle »mutiger« werden. **Von Reinhard Lauterbach**

K... hat sich eine NATO-Koalition aus Lieferanten gebildet, rücken auch an die Ukraine gebildet, rücken auch in den Blick. Die Ukraine fordert deren Lieferung seit langem. Präsident Wolodimir Selenskiy sagte in seiner täglichen Videosprache am Donnerstag abend, die Ukraine am... Waffen. Die... der Eigenentwicklung »PTI«...
 eine Lieferung von Jets der Bundeswehr zum jetzigen Zeitpunkt ab. Tatsächlich wäre die Lieferung von Kampfflugzeugen militärisch eine direkte Konsequenz der beschlossenen Panzerlieferung. Panzerangriffe ohne Deckung aus der Luft gelten als sehr riskant. Polen kündigte unterdessen an, es sei bereit, der Ukraine neben 14 »Leopard«-Panzern auch 60 Exemplare der Eigenentwicklung »PTI«...
 werde. Selbst die Modelle einzelner Bauteile seien nicht in allen Punkten miteinander kompatibel. So hätten sie verschiedene Feuerleitsysteme und verschönten teilweise unterschiedliche Munitionslösungen. Die britischen »Challenger«-Panzer seien überhaupt mit keinem der kompatiblen europäischen Systemen kompatibel. Die russische Regierungszeitung Rostkijski gazeta hatte am Mittwoch...
 AKW und hat einen zweiten Reaktor für denselben Standort bestellt. Außenminister Peter Szijarto forderte erneut einen raschen Übergang zu Waffenstillstandsverhandlungen. Er begründete das auch damit, dass die Ukraine derzeit verstärkt Angehörige der ungarischen Minderheit in der Karpatenregion sowie der dort lebenden Roma-Gemeinschaft zum Militär einziehe.
 Für neue Urtrube zwischen Berlin und Moskau sorgte unterdessen ein... Bundesaußenministerin An...
 Tödt
 Justi
 Wsch
 schi
 meaf
 le ve
 Geeg
 ista
 ge e
 le e
 Sch
 Kö
 Sz
 st
 all
 T
 T

Jetzt am Kiosk!

Montag bis Freitag **2,00 Euro**
Sonnabend **2,50 Euro**

Alle Verkaufsstellen unter: www.jungewelt.de/kiosk

O-Ton BAYER



Foto: BAYER

„Die Leute sagten, unsere Produkte seien schädlich für Bienen, und unsere Botschaft lautete: ‚Unsere Produkte sind sicher für die Umwelt, wenn sie gemäß den Anweisungen auf dem Etikett angewendet werden‘. Das ist eine sehr juristische Sprache. Aber wenn man sich das vor Augen führt – ein Insektizid ist sicher für die Umwelt – ist das ein Witz. Es ist dafür gemacht, nicht sicher für die Umwelt zu sein. Es ist so konzipiert, dass es die Umwelt beeinträchtigt, egal was auf dem Etikett steht. Im Grunde ist es so, als würde man behaupten, man könne Medikamente ohne Nebenwirkungen entwickeln.“

Dr. Klaus Kunz, Nachhaltigkeitsbeauftragter von BAYER CROPSCIENCE in einem Interview mit Business Insider.

BAYERs Strategiewechsel

So verlangt BAYER in den USA für die Behandlung mit dem Krebsmittel VITRAKVI die Kleinigkeit von 32.800 Dollar im Monat – zum Vergleich: Der Paracetamol-Fiebersaft für Kinder trägt den Produzenten gerade einmal 1,32 Euro ein. In der Branche hat sich eine veritable Zwei-Klassen-Medizin herausgebildet. Auf der einen Seite stehen die Anbieter der gängigen Pharmazeutika, welche 80 Prozent der Grundversorgung leisten, dafür von den Krankenversicherungen aus ihrem Pillen-Etat aber nur sieben Prozent der Mittel erhalten, und auf der anderen Seite die Pillen-Riesen, die mit ihren – allzu oft nicht gerade Wundermittel-Eigenschaften aufweisenden – Erzeugnissen die restlichen 93 Prozent des Budgets auffressen. Wegen dieser Rendite-Aussichten konzentrieren sich BAYER & Co. mehr und mehr auf die besonders teuren Medikamente. SANOFI hat es sogar schon geschafft, die „Spezialmedizin“ zum umsatzstärksten Bereich des Unternehmens zu machen. Apotheke der Welt wollen die Pillen-Riesen schon lange nicht mehr sein. Einige von ihnen haben ihre Generika-Abteilungen bereits ganz abgestoßen. Auch an der Suche nach den so dringend benötigten neuen Antibiotika-Wirkstoffen haben die Konzerne kein gesteigertes Interesse. „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, mit diesen Worten umriss der ehemalige BAYER-Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers einmal die politische Ökonomie des Medikamenten-Geschäfts.

Der Leverkusener Multi vollzog diesen Strategie-Wechsel hin zu den lukrativen „High priority“-Projekten Anfang der 2000er Jahre. Damals begann er, sich peu à peu von Gebieten wie Atemwegs- und Infektionskrankheiten, Asthma und Urologie zu trennen. Stattdessen legte das Unternehmen den Fokus auf Arzneien gegen Krebs oder seltene Krankheiten und behält den Kurs bis heute bei. „[T]endenziell werden sich die Prioritäten in Richtung hochspezialisierter Therapien verschieben“, sagte Pharma-Chef Stefan Oelrich 2022 dem *Handelsblatt*. Zu diesem Behufe baut der Global Player etwa in Berlin mit der Charité als Partner und Subventionen in Millionen-Höhe ein Zentrum für Gen- und Zelltherapie auf, das Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch im Februar 2023 dann auch noch als Beleg dafür feierte, dass Deutschland in Sachen „Technologie und Wissenschaft“ immer vorne mit dabei ist.

Die Industrie sieht in diesem Rückzug erwartungsgemäß kein Problem. Sie befürchtet jedoch eine Umverteilungsdiskussion innerhalb der Branche. Sie geht deshalb in die Offensive und versucht krampfhaft, eine Verbindung zwischen den fehlenden Hustensäften und den Hightech-Präparaten zu stiften. Der von BAYER gegründete „Verband der forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) erdreistet sich sogar, noch mehr staatliche Unterstützung für Rendite-Projekte wie BAYERs Zentrum für Gen- und Zelltherapie zu fordern. „Innovationskraft am Standort halten und ausbauen“ ist dem VFA zufolge das Gebot der Stunde.

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Als eine der ersten Unternehmen Deutschlands hat BAYER sich für Greenya entschieden. Jetzt ist es an Ihrer Reihe.

GUTSCHEIN

Das Greenya-Magazin ist ein kostenloses Informationsmagazin für Sie und Ihre Mitarbeiter. Es enthält wertvolle Informationen zu den Themen Nachhaltigkeit, Fairness und Verantwortung. Jetzt bestellen Sie Ihr Greenya-Gutschein!

Greenya Verlag GmbH | Postfach 10 15 10 | 42699 Solingen
 Telefon: +49 (0) 212 24 12 10 | E-Mail: info@greenya.de

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ / Ort: _____

www.greenya.de



Ein altes Problem: Der Autor hält im Dezember 2018 beim EINE WELT NETZWERK BAYERN einen Vortrag über BAYERs Lieferengpässe im Pharma-Bereich

„Arzneimittel-Engpässe werden nur dauerhaft vermieden, wenn die Dynamik des Innovationskreislaufs in der Arzneimittel-Entwicklung besser als bisher genutzt wird. Denn: Was bei der Neuentwicklung und Produktion von innovativen Arzneimitteln und Therapien fehlt, wird nie der Regelversorgung mit Generika ankommen“, heißt es in dem 5-Punkte-Plan des Verbands. Und eine Rückabwicklung der globalisierten Pillen-Herstellung kommt für die Firmen auch nicht in Frage. „Vor einer Nationalisierung der Lieferketten kann ich nur warnen“, sagte BAYERs Vorstandsvorsitzender Werner Baumann in einem FAZ-Interview. Dem VFA schwebt eine andere Lösung vor. Es könnte „für Krisenfälle

ein Mechanismus zur Bereitstellung von Reserve-Produktion etabliert werden“, deren Kosten natürlich die Bundesregierung trägt. Auch er rät dringend vom Aufbau einer Produktion in Deutschland für alle versorgungsrelevanten Wirkstoffe ab. Allenfalls auf EU-Ebene käme so etwas für die Lobby-Organisation in Frage.

Und die Politik?

Die Lieferengpässe legen die ganze Disfunktionalität des Pharma-Marktes offen. Aber die Politik reagiert hilflos und will der Branche das Leben noch ein wenig leichter machen, obwohl das Arzneimittel-Gesetz den Pillen-Herstellern die Pflicht auferlegt, für „eine angemessene und

CBG bei der Arbeit

„Wir haben Krisenprofite statt!“ lautete dieses Mal das Motto der traditionell als Kontrastprogramm zur „Grünen Woche“ stattfindenden Demonstration für eine Agrarwende. Der Ukraine-Krieg hat nämlich den Gewinnen von Landmaschinen-Herstellern wie JOHN DEERE, Agrarrohstoff-Multis wie CARGILL sowie Pestizid- und Saatgut-Produzenten wie BAYER keinen Abbruch getan – im Gegenteil. Deshalb war die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auch am 21. Januar 2023 wieder vor Ort. Gemeinsam mit 10.000 anderen TeilnehmerInnen zog sie durch das Regierungsviertel und verschaffte so dem Protest gegen Glyphosat, Gentechnik & Co. Gehör. Und auch für einen inhaltlichen Input sorgte die Coordination. CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann hielt in der Schnippeldisko einen Vortrag über BAYERs Lobby-Aktivitäten in Brasilien. Fast 100 Menschen folgten an dem Tag seinen Ausführungen zu Treffen der Konzern-ManagerInnen mit Jair Bolsonaro und den LandwirtschaftsministerInnen, dem Antichambrieren für eine (noch) lockerere Pestizid-Regulation, den PR-Maßnahmen für das Mercosur-Abkommen und vielen anderen politischen Einflussnahmen mehr.

Einzelheft 11 €
Im Abo 7,80 €/6,20 €

3'23

Blätter für deutsche und internationale Politik

Erdoğan, Assad und das große Beben
Kristin Helberg

Russland vs. Ukraine: Gewalt schlägt Recht?
François Hollande

Israel: Das Ende der Demokratie?
Eliav Lieblich und Adam Shinar

20 Jahre Irakkrieg: Das Versagen des Westens
Andreas Zürnich

Afghanistan: Frauen als Faustpfand
Marc Thörner

Kapitalismus als Kannibalismus
Nancy Fraser

Verbrauchertäuschung per Gesetz
Thilo Bode

**Probeabo:
3 Monate für
nur 15 Euro**

Kapitalismus als Kannibalismus

Nancy Fraser
in den neuen »Blättern«

Promis gegen Profit

„Die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer ist laut empirischer Studien seit den 70er Jahren gesunken. Der Anteil der Beschäftigten an der Wirtschaftsleistung ist über die Jahre von 70 Prozent in den 70ern auf aktuell nur noch 56 Prozent geschrumpft. Dafür sind die Gewinne der Unternehmen und deren Anteil an der Wirtschaftskraft von 20 auf 30 Prozent gestiegen. Bei der Diskussion über eine mögliche Lohn/Preis-Spirale bleibt diese Verschiebung außen vor. 14 Mal erwähnte EZB-Chefin Lagarde auf der letzten Pressekonferenz einen möglichen Einfluss der Löhne auf die Inflation, doch kein Wort zu den Firmengewinnen. Hinter verschlossenen Türen ist dies anders. Auf ihrer Klausurtagung im finnischen Inari sprachen die EZB-Inflationshüter darüber, dass Unternehmen die Preise zuletzt stärker angehoben haben, als zum Ausgleich ihrer Kosten notwendig gewesen wäre. Darüber, dass die aktuell hohe Inflation auch auf steigenden Gewinn-Margen fußt, die Firmen gerne einheimsen. Die EZB weiß dies, kann jedoch wenig dagegen tun. Steigende Zinsen schützen nicht vor Gier.

Anja Kohl am 3. März in Wirtschaft vor acht.



Das war einmal: Pillenflut

kontinuierliche Bereitstellung“ ihrer Pharmazeutika zu sorgen.

Das 2019 von dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) auf den Weg gebrachte „Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittel-Versorgung“ sah nur ein paar mehr Inspektionen vor Ort in Asien und strengere Transparenz-Regeln vor, was kaum einen Effekt hatte. Sein Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) startete deshalb einen neuen Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen. Mitte Februar präsentierte er den Referen-

tlinnen-Entwurf eines Paragrafen-Werks „zur Bekämpfung von Liefer-Engpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinder-Arzneimitteln“. Dieses nimmt Medikamente für Jungen und Mädchen von den Festbetragsregelungen aus. Bei anderen Präparaten gestattet der Gesetzgeber den pharmazeutischen Unternehmen, um bis zu 50 Prozent über den Festbetrag hinauszugehen. „[E]in beeindruckendes Weihnachtsgeschenk für die Pharma-Unternehmen“ nannte das der „Spitzenverband der

ila

Seit mehr als 40 Jahren bringt die *ila* kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all der anderen Kräfte, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die *ila* wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de



Gesetzlichen Krankenversicherung“, als die Pläne im letzten Dezember bekannt wurden.

Dafür zahlen müssen die ärmeren Länder. Nach Ansicht des Gesundheitsökonom Wolfgang Greiner droht diese Regelung nämlich einen „internationalen Überbietungswettbewerb“ loszutreten, aus dem Staaten mit weniger finanziellen Ressourcen schon frühzeitig aussteigen müssen. „Da wäre eine europäische Abstimmung gut gewesen“, sagt er deshalb. Derzeit leidet besonders Belgien unter dem Medikamenten-Mangel. So spricht Olivier Delaere vom Arznei-Großhändler FEBELCO von einer „künstlichen Verknappung“, weil die Hersteller bei ihren Lieferungen Nationen mit fetteren Pillen-Budgets bevorzugen würden.

Mit weiteren Präsenten will die Ampelkoalition BAYER & Co. auch dazu bewegen, verstärkt nach den so dringend benötigten neuen Antibiotika zu forschen. Sie stellt ihnen in Aussicht, bei der Einführung dieser Mittel länger als sonst üblich Mondpreise verlangen zu dürfen. Und zur Gewährleistung von mehr Liefersicherheit bei den gängigen Substanzen wie Ciprofloxacin lockt der ReferentInnen-Entwurf bei einer Produktion in Europa mit Rabatten.

Gleiches gilt für Krebs-Therapeutika. Zur Begründung führt das Schriftstück nicht mehr länger nur die Anfälligkeiten der sich über den halben Globus erstreckenden Wertschöpfungsketten an, sondern auch geopolitische Überlegungen. Von „strategischen Abhängigkeiten“ ist nun die Rede, die es abzubauen gelte. Etwas verklausuliert heißt es dazu: „Aufgrund globaler Krisen ist ein Umdenken, gerade auch im vergabe-rechtlichen Bereich unerlässlich, um eine Widerstandsfähigkeit der Arzneimittel-Versorgung mit lebensnotwendigen Arzneimitteln gegen solche Ereignisse herzustellen. So ist die Neuregelung mit Bezug zu solchen Staaten erforderlich, mit denen mehr als bloße wirtschaftliche Abkommen bestehen.“ Nämlich politische. Eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zu Partner-Nationen proklamiert das Dokument – „Friendshoring“ lautet der Fachbegriff. Ansonsten bleibt es bei Vorschriften zu einer längeren Lagerhaltung, einer Vereinfachung des Medikamenten-Austausches zwischen den einzelnen Apotheken und der Etablierung eines besseren Frühwarn-Systems. An das Grundproblem eines dysfunktionalen Pharma-Markts wagt sich Gesundheitsministerin Karl Lauterbach (SPD) nicht heran.



Karl der Kleine

Im Gegenteil: Er belohnt BAYER & Co. sogar noch für ihre Versäumnisse und macht Millionen-Subventionen locker. Allein die Kosten für die neuen Regelungen zu den Kinder-Arzneien beziffert der Gesetzes-Vorschlag mit rund 160 Millionen Euro. Und zu allem Überflus ist es auch noch mehr als fraglich, ob das viele Geld helfen kann, die Pharmazeutika-Grundversorgung in Zukunft sicherzustellen. ←

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu



Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

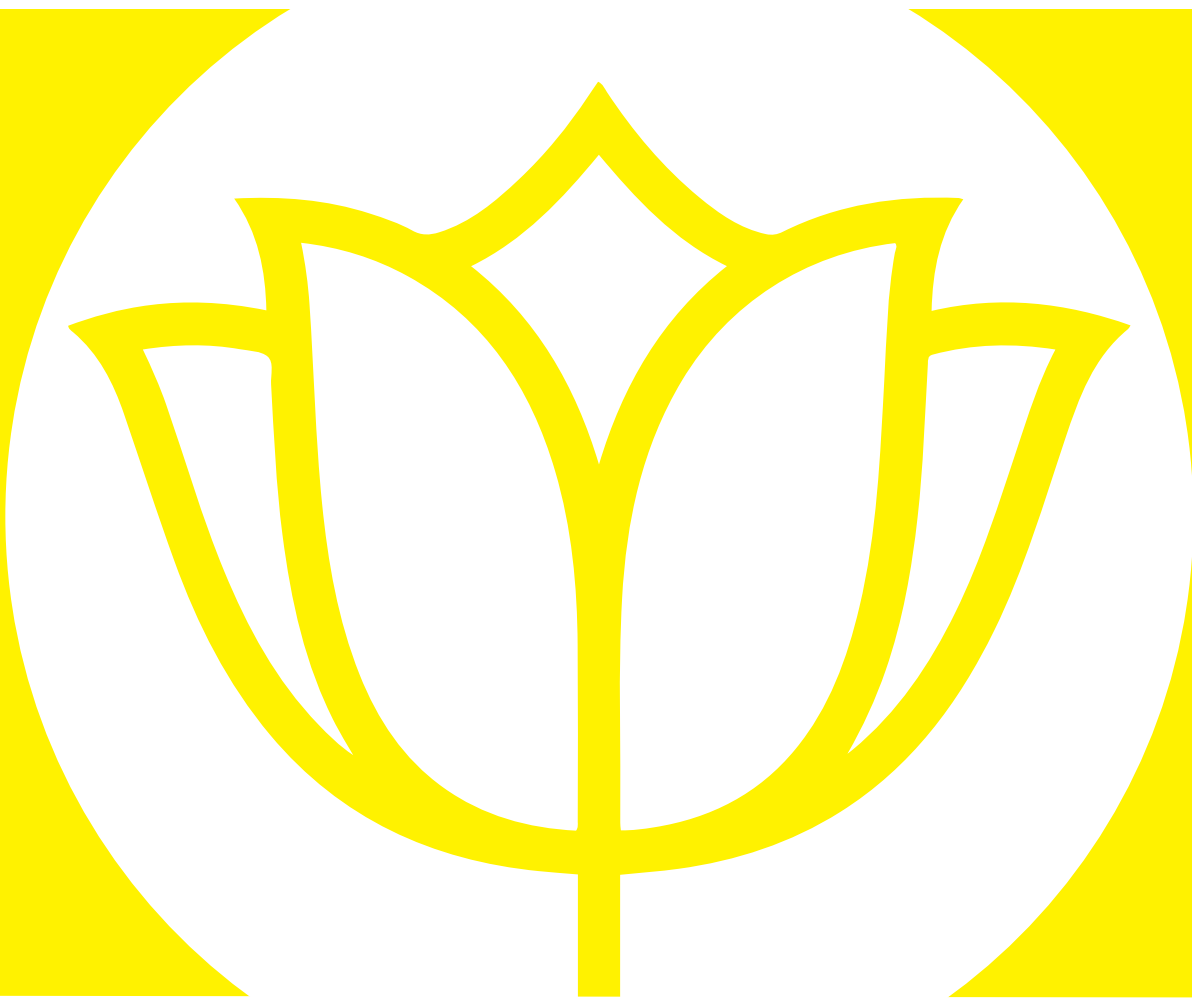
Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

FRÜHLING: WIR STARTEN DURCH!



UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

Jetzt spenden! Jetzt Fördermitglied werden.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91
www.CBGnetwork.org/spende

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org / info@CBGnetwork.org

